



RAT FÜR KRIMINALITÄTSVERHÜTUNG

Schleswig-Holstein

Konzept zur Kriminalitätsverhütung

## **Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund**

Abschlussbericht der Arbeitsgruppe 2

Kiel, Juni 2001

*Kriminalitätsverhütung geht alle an!*

**Herausgeber:**

Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein

**Redaktion:**

Geschäftsführung

des Rates für Kriminalitätsverhütung

in Schleswig-Holstein

im Innenministerium

des Landes Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431/988 - 3155 (Norbert Trabs)

- 3156 (Regina Müller-Kronbügel)

Telefax: 0431/988 - 3155

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Mitglieder der AG 2</b> .....	<b>3</b>
<b>1. Einleitung</b> .....	<b>4</b>
<b>Zielsetzung der AG</b> .....	<b>4</b>
<b>Zentrale Überlegungen zum Integrationsverständnis</b> .....	<b>5</b>
<b>2. Die Checkliste – Interkultureller Selbsttest</b> .....	<b>8</b>
I. Ziele der Einrichtung .....	10
II. Angehörige von Minderheiten in der Einrichtung .....	10
III. Das Personal .....	11
IV. Leitung .....	12
V. Organisatorisches .....	12
VI. Fort- und Weiterbildung .....	13
VII. Öffentlichkeitsarbeit .....	14
<b>3. Daten zur Situation von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland</b> ....	<b>15</b>
Ausländische Wohnbevölkerung .....	15
Bildung und Ausbildung .....	15
Sprache .....	17
Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit .....	17
Räumliche Verteilung .....	18
Haushaltsgröße .....	18
Gesundheit .....	19
Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene .....	19
<b>4. Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen mit     Migrationshintergrund</b> .....	<b>20</b>
<b>Bereich Sprache</b> .....	<b>21</b>
<u>Praxisbeispiel</u> : Deutsch- und Alphabetisierungskurse für ausländische Frauen... 23	23
<u>Praxisbeispiel</u> : Sprachkursförderung .....	25
<b>Aspekte Interkultureller Pädagogik</b> .....	<b>26</b>
<u>Praxisbeispiel</u> : Interkulturelle Pädagogik in den städtischen Kindertageseinrichtungen der Stadt Kiel .....	28
<b>Bereich Schule</b> .....	<b>31</b>
<u>Praxisbeispiel</u> : Interkulturelles Lernmaterial des Anne Frank Hauses, Amsterdam, für alle Altersgruppen zwischen 6 und 16 Jahren .....	37
Die Materialien .....	38

<u>Praxisbeispiel</u> : Außerschulische Nachhilfeförderung für schulpflichtige MigrantInnen in Schleswig-Holstein .....	40
Förderungen des Landes .....	40
Ergänzende Förderung des Bundes: Garantiefonds .....	40
<u>Praxisbeispiel</u> : Förderkonzept für alle Preetzer Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache – Preetzer Modell (Pilotprojekt) .....	42
<b>Bereich Freizeit</b> .....	<b>46</b>
<u>Praxisbeispiel</u> : Come Together – Bündnis für Fremdenfreundlichkeit e. V., Plön .....	49
<b>Bereich Sport</b> .....	<b>51</b>
<u>Praxisbeispiel</u> : Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit .....	54
<u>Praxisbeispiel</u> : Das Projekt Integration durch Sport.....	56
<b>Bereich Mädchenarbeit</b> .....	<b>57</b>
<b>Bereich Ausbildung, Beruf, Arbeit</b> .....	<b>59</b>
<u>Praxisbeispiel</u> : Beruf und Arbeit für MigrantInnen.....	61
<u>Praxisbeispiel</u> : Das Projekt Beruf und MigrantInnen der AWO.....	61
<u>Praxisbeispiel</u> : Das Pilotprojekt der Türkischen Gemeinde .....	62
<u>Praxisbeispiel</u> : Das Ausbildungsprojekt der Türkischen Gemeinde.....	63
<b>Bereich Familie</b> .....	<b>64</b>
<b>5. Netzwerk zur Integration</b> .....	<b>68</b>
Die Entwicklung des Projektes .....	68
Aufgabenbeschreibung.....	68
Bericht über den Aufbau eines Netzwerkes zur Integration von migrierten Kindern und Jugendlichen .....	70
Öffentlichkeitsarbeit .....	70
Vernetzung/Kooperation.....	70
Fortbildungen .....	71
Informationsbank des Netzwerkes.....	71
Erfahrungsbericht .....	72
Landesnetz Integration .....	74
<b>6. Empfehlungen der AG 2</b> .....	<b>75</b>

## Mitglieder der AG 2

AG-Leiter Jochen Riggers  
Leiter Jugendgemeinschaftswerk  
Aalborgstraße 17-19

24768 Rendsburg

Susanne Egert-Rosenthal  
Dipl.-Psychologin  
Psychotherapeutin beim  
Jugendgemeinschaftswerk  
Aalborgstraße 17-19

24768 Rendsburg

Helga Jessen  
Landesfrauenrat Schleswig-Holstein e. V.  
Bergstraße 50 a

24226 Heikendorf

Rotraut Hagemann  
Dozentin an der VFHS Altenholz  
Fachbereich Polizei

24161 Altenholz

Brigitta Kuhlemann  
Geschäftsführerin Netzwerk Integration  
Aktion Kinder- und Jugendschutz  
Feldstraße 120

24105 Kiel

Hermann Stark  
Jurist  
Schützenstraße 74

24534 Neumünster

Thomas Piepgras  
Asylbewerberbetreuung  
des Kreises Plön  
Hamburger Straße

24306 Plön

Ulrike M. König  
Integrationslehrerin  
Freiherr-vom-Stein-Schule  
Allgäuer Straße 30

24146 Kiel

# 1. Einleitung

## Zielsetzung der AG

Im Februar 1996 hat die Arbeitsgruppe 2 „Sozialisation“ des Landesrates für Kriminalitätsverhütung das exemplarische Ergebnis der Erfahrungen in der Arbeit mit ausländischen Kindern, Jugendlichen und Familien vorgelegt. (Dokumentationsreihe Band 6, Stadtteilarbeit)

Dabei ging es darum, die vernetzten Möglichkeiten eines Stadtteils in ihrer Wirkweise und Wirksamkeit darzustellen, Integrationshilfen aufzuzeigen, die nicht nur eine Personengruppe betreffen, sondern zum Ausdruck bringen, wie umfassend bei Integration vorzugehen ist.

Dabei wurde eng mit dem örtlichen Rat für Kriminalitätsprävention in NMS und insbesondere mit den städtischen Gremien und der Schule des Viertels zusammengearbeitet und das Ergebnis anwendungsorientiert dargestellt.

Dieses exemplarische Ergebnis veranlasste die Arbeitsgruppe dazu, sich einen Überblick über die Aktivitäten und Angebote in der Arbeit für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Schleswig-Holstein zu verschaffen und diese Informationen allen Interessierten zugänglich zu machen. (*„Kriminalität ist keine Frage des Passes sondern eine Frage der sozialen Integration“*, Prof. Christian Pfeiffer)

Verbesserte Chancen für ausländische Bürgerinnen und Bürger sind zudem erfahrungsgemäß eine außerordentlich günstige Ausgangssituation für die präventive Verhinderung von strafrechtlichen und sozialen Auffälligkeiten junger AusländerInnen, wie von Sozial- wie Kriminalwissenschaftlern hinreichend dokumentiert wird.

Dabei ist die AG 2 wie folgt vorgegangen:

1. Landesweite Fragebogenaktion über Zahl und Umfang von Integrationsprojekten in Schleswig-Holstein.

Verschickt wurden 300 Fragebögen.

2. Statistische Auswertung des Zahlenmaterials.

3. In einer Reihe von Sitzungen haben ProjektleiterInnen und MitarbeiterInnen über die Projekte im Ausschuss oder vor Ort berichtet.

Die Berichte wurden von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe 2 ausgewertet und zusammengefasst.

4. Die folgende Darstellung geht hierauf ein und am Ende / Anhang der vorliegenden Darstellung werden die Projekte und AnsprechpartnerInnen benannt.

Die vorliegende Dokumentation soll den Charakter einer Arbeitshilfe haben, um denjenigen Anregungen, konkrete Möglichkeiten und Orientierungspunkte zu geben, die in diesem Bereich arbeiten und planen.

Zielsetzung der AG war dabei nicht eine umfassende, lückenlose Auflistung der Projekte im Lande sondern vielmehr eine exemplarische Darstellung von Projekten, die im nachfolgend erläuternden Sinne eine „Integration“ verfolgen.

Insbesondere war es der Arbeitsgruppe wichtig, die für eine gelingende Integration erforderlichen Schwerpunkte wie Kindergarten, Schule, Freizeit und Jugendhilfe, Berufsausbildung und Sprache etc. abzudecken und den Lesern dies durch Projektbeispiele zu verdeutlichen.

Dabei spielten Vernetzungen der Hilfen auch bei uns eine wichtige Rolle und bestätigen die Erfahrungen, wie wir sie von der dokumentierten Stadtteilarbeit her kennen.

Während der Arbeitsphase sind zentrale Aussagen und Empfehlungen der AG bereits umgesetzt worden, so z. B. eine Stelle für die landesweite Beratung zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in S.-H. Die Inhaberin dieser Stelle ist Ansprechpartnerin für sozialpädagogische Praktiker, Politiker, Schulen und Sozialisationsrichtungen und gibt Anregungen und Hinweise zur Verbesserung von Integrationsangeboten.

## **Zentrale Überlegungen zum Integrationsverständnis**

Die AG 2 hat sich mit dem Begriff Integration auseinandergesetzt und ist zu folgendem Verständnis von Integration gelangt.

In Deutschland leben immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund.

(ca. 7,32 Mill. mit ausländischem Pass-Ausländerzentralregister, Stand Ende 1998 -, eine nicht zu beziffernde Anzahl eingebürgerter Menschen, sowie ca. 3,5 Mill. Aussiedler) Viele ausländische Familien leben in der dritten Generation in Deutschland, ihre Kinder sind hier geboren, sie planen ihr Leben in Deutschland. Sie werden zum großen Teil rechtlich als Ausländer eingestuft.

Eine zweite große Gruppe sind die Aussiedlerfamilien. Sie leben zum größten Teil noch nicht so lange hier, sind aber rechtlich gesehen Deutsche. Die Jugendlichen sind vielfach nur unfreiwillig mit ihren Eltern nach Deutschland gekommen. Die dritte Gruppe sind ausländische Flüchtlinge. Ihre Aufenthaltsdauer ist ungewiss.

Integrationsbestrebungen umfassen also Gruppierungen von Menschen mit unterschiedlichem rechtlichem Status, unterschiedlichen Motivationen sowie verschiedenen kulturellen Hintergründen. Sie haben die unterschiedlichsten Erfahrungen von einer Sozialisation im Heimatland, einer Wanderung nach Deutschland bis hin zu dem Aufwachsen in Deutschland gemacht. Allen gemeinsam ist die Begegnung mit verschiedenen kulturellen Hintergründen, Brüchen in der Biografie, Trennungserfahrungen etc.

Integration umfasst verschiedene Aspekte.

Es stehen mittlerweile nicht mehr die migrierten Jugendlichen alleine im Mittelpunkt der Betrachtungen und Forderungen nach Maßnahmen zum Ausgleich von Defiziten, sondern auch die Mehrheitsgesellschaft mit ihren politischen, strukturellen und sozialen Rahmenbedingungen.

Von beiden Seiten sind Bemühungen und Lernprozesse erforderlich, um sich in der Realität einer vielfältigen multikulturellen Gesellschaft zurechtzufinden und sie darüber hinaus auch mit zu tragen. Dieses Zusammenleben wird auch immer wieder von Konflikten geprägt sein. Fähigkeiten, Wege der Auseinandersetzung, akzeptable Lösungsmöglichkeiten und Unterschiede zu akzeptieren

Natürlich sind individuelle Anstrengungen der Menschen mit Migrationshintergrund und auch ihre Zielvorstellungen im Hinblick auf eine angestrebte Integration für ein Gelingen eben dieser notwendig.

Die Schaffung von realistischen Möglichkeiten und Rahmenbedingungen allerdings ist als Grundlage für alle Bemühungen zu einer Integration erforderlich.

Bezogen auf die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist zu bemerken, dass sie nach wie vor an weiterführenden Schulen unterrepräsentiert sind, dass ihre Schulabschluss- und Ausbildungschancen geringer sind, dass sie und ihre Familien von einem erhöhten Armutsrisiko betroffen sind und dass durch ihre rechtliche Situation nicht in allen Bereichen gleichberechtigte Teilhabe an den von der Gesellschaft vorgehaltenen Möglichkeiten gegeben ist. Beratungsangebote sind zumeist nicht auf Menschen aus anderen Kulturkreisen und

fremder Sprache ausgerichtet. Auch leben migrierte Jugendliche und ihre Familien häufig in sozialräumlich benachteiligten Wohngebieten. Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit sind zweifellos Faktoren, die einer Integration klar entgegenstehen. Es ist notwendig, sich mit solchen einseitigen Orientierungen auseinander zu setzen und ihnen nach Möglichkeit vorzubeugen.

Integration bedeutet in diesem Zusammenhang, dass sich die Mehrheitsgesellschaft für Menschen mit Migrationshintergrund öffnet.

Integrationsbestrebungen müssen also ihren Blickwinkel erweitern, um auch die Gefährdungen von migrierten Kindern durch Ausgrenzung, Diskriminierung und strukturelle Benachteiligung wahrzunehmen.

Für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bedeutet Integration, dass sie gegenwärtig ihren Lebensraum finden, gestalten und auch für die Zukunft Perspektiven entwickeln können.

Dies setzt zum einen die Anerkennung und Stärkung ihrer kulturspezifischen Identität und auch Ressourcen voraus. Wenn sich Kinder und Jugendliche mit anderem kulturellen Hintergrund in den Einrichtungen und Angeboten, die sie besuchen, wiederfinden sollen, müssen die vorhandenen Strukturen dafür offen sein.

Eine umfassende Verbesserung der Entwicklungs- und Lebensbedingungen von migrierten Kindern und Jugendlichen ist ein erheblicher Beitrag zu ihrer Integration.

## **2. Die Checkliste – Interkultureller Selbsttest**

**Der im Folgenden abgedruckte „Interkulturelle Selbsttest“ soll Institutionen anregen, sich selbst daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie interkulturelle Aspekte berücksichtigt und realisiert haben.**

**Er kann auch insgesamt als Anregung zur Reflexion eigenen Handelns in dieser Hinsicht genutzt werden.**

Die folgende Checkliste (Hersg.: Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Württemberg – Abteilung Kirchliche und Soziale Dienste für Ausländer – Postfach 101151, 70010 Stuttgart) soll dabei helfen, die eigene Praxis zu beleuchten und zu überprüfen.

Sie ist einsetzbar sowohl in sozialen Diensten, in Verwaltungen, Initiativgruppen als auch in Schulen, Firmen oder Verbänden. Sie ist auch nicht einer bestimmten Ebene vorbehalten, Interkulturalität ist eine Angelegenheit aller: Leitung, Mittelbau, Vorgesetzte und Unterstellte, Angestellte, Beamte und ArbeiterInnen, SchülerInnen und LehrerInnen...

Die Checkliste zielt auf die Wahrnehmung und Berücksichtigung der Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten. Sinngemäß gilt dies aber auch für die Ansprüche all derjenigen, die aufgrund ihres Geschlechts oder wegen einer Behinderung systematisch benachteiligt sind.

Die folgenden Fragen müssen je nach Institution, Verband, Einrichtung oder Initiativgruppe angepasst werden. Manche treffen vielleicht auch gar nicht zu und können in diesem Fall gestrichen werden. Wir wollen mit der Checkliste eine Anregung geben und zum Weiterdenken motivieren. Zusätzliche Punkte können aufgenommen, vorhandene gestrichen oder umformuliert werden. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Es sollen auch nicht „Schuldige“, „Gewinner“ oder „Verlierer“ ausgemacht, sondern nur der Blick auf ein Thema gelenkt werden, das im Alltag oft nicht ausreichend berücksichtigt wird, bei dem man aber schon mit Kleinigkeiten eine Menge erreichen kann.

Sie sollten mit dem Selbsttest in mehreren Schritten vorgehen:

1. Ziele der Einrichtung in bezug auf Multikulturalität formulieren:  
Für wen ist die Einrichtung da?
2. Ist-Zustand erheben und beschreiben.
3. Abgleich der Ziele mit dem Ist-Zustand.
4. Bewertung der Ergebnisse.
5. Modifikation bzw. Bestätigung der Ziele sowie Entwicklung von Maßnahmen.

Der Interkulturelle Selbsttest ist formalisiert und bietet dadurch die Möglichkeit, ihn in regelmäßigen Abständen durchzuführen, z. B. jährlich im Rahmen der Erstellung und Besprechung der Jahresberichte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in vielen Einrichtungen üblich sind. So können Veränderungen – Verbesserungen und Verschlechterungen – sichtbar gemacht werden. Die Ergebnisse sollten in jedem Fall so oft wie möglich thematisiert und diskutiert werden: im Team, in der MitarbeiterInnen-Besprechung, der Mitgliederversammlung, der Betriebsversammlung usw. Durch die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen werden praktische Handlungsmöglichkeiten deutlich.

### Gliederung

Die Checkliste enthält Fragen zu folgenden Bereichen:

- I. Ziele der Einrichtung
- II. Angehörige von Minderheiten in der Einrichtung
- III. Das Personal
- IV. Die Leitung
- V. Organisatorisches
- VI. Fort- und Weiterbildung
- VII. Öffentlichkeitsarbeit

## I. Ziele der Einrichtung

1. Welche Zielgruppen werden von der Einrichtung angesprochen?
2. Welche Ziele für die Zielgruppen / für die MitarbeiterInnen / für die Einrichtung/ für die Mitglieder werden verfolgt?
3. Welche interkulturellen Aussagen trifft die Satzung?
4. Welche sonstigen Regelungen (Betriebsvereinbarungen, Beschlüsse etc.) bestehen in bezug auf Multikulturalität?
5. Werden MigrantInnen / kulturelle Minderheiten gezielt angesprochen? Wie?

Diese Fragen bitte stichwortartig beantworten und gegebenenfalls Unterlagen beifügen.

## II. Angehörige von Minderheiten in der Einrichtung

1. Wie viele ausländische MitarbeiterInnen auf welcher Ebene gehören der Einrichtung an? Wie verhält sich die MitarbeiterInnenstruktur im Vergleich zu den NutzerInnen der Einrichtung und dem gesellschaftlichen Umfeld? Bitte geben Sie die entsprechenden Zahlen an und tragen Sie sie in das Raster ein:

	EU	TR	Ex-YU	Asyl- bewerber	Aus- siedler	andere	BRD
Leitungsebene							
Päd. Angestellte							
Verwaltungspersonal							
ArbeiterInnen							
Honorarkräfte							
Putzpersonal							
KlientInnen							
Ehrenamtliche							
BesucherInnen							
im Einzugsbereich							

2. Wie viele der fest angestellten MitarbeiterInnen gehören kulturellen Minderheiten an?
3. Wie hoch ist der Anteil von Frauen in der Leitungsebene?

**Im folgenden ist bei jeder Frage entsprechend zu markieren: 0 = nicht zutreffend; 1 = kaum zutreffend / nein; 2 = ja / einigermaßen; 3 = ja / gut; 4 = sehr gut / zutreffend.**

### **III. Das Personal**

- |  |           |
|--|-----------|
| 1. Es gibt mehr nicht-deutsche MitarbeiterInnen in der Einrichtung als vor drei Jahren.  | 0 1 2 3 4 |
| 2. Die MitarbeiterInnenstruktur entspricht der kulturellen Herkunft der KlientInnen bzw. BesucherInnen.  | 0 1 2 3 4 |
| 3. In bezug auf die kulturelle Herkunft spiegelt die Zusammensetzung des MitarbeiterInnenteams die Struktur des Einzugsbereichs / Umfelds der Einrichtung wider. | 0 1 2 3 4 |
| 4. Die nicht-deutschen MitarbeiterInnen haben aufgrund ihrer kulturellen Herkunft andere berufliche Aufgaben / Bezeichnungen als die Deutschen.                  | 0 1 2 3 4 |
| 5. MigrantInnen nehmen die Einrichtung entsprechend ihrem Anteil an der Zielgruppe in Anspruch.  | 0 1 2 3 4 |
| 6. Der Versorgungsauftrag bzw. die Ziele der Einrichtung werden durch die kulturelle Zusammensetzung des MitarbeiterInnenteams unterstützt.                      | 0 1 2 3 4 |
| 7. Nicht-Deutsche sind ausreichend repräsentiert (unter den MitarbeiterInnen / in der Leitung).  | 0 1 2 3 4 |
| 8. Die Hälfte der Beschäftigten sind Frauen.   | 0 1 2 3 4 |
| 9. Die sprachliche Vielfalt in der Einrichtung entspricht der des Klientels/der BesucherInnenschaft.   | 0 1 2 3 4 |
| 10. Die MitarbeiterInnen sind offen für KollegInnen anderer kultureller Prägung.   | 0 1 2 3 4 |
| 11. Die MitarbeiterInnen interessieren / bewerben sich für Fortbildungen zu kulturellen Themen.  | 0 1 2 3 4 |
| 12. Die MitarbeiterInnen versuchen regelmäßig, interkulturelle Fragestellungen zu thematisieren und andere zur Teilnahme zu motivieren.                          | 0 1 2 3 4 |
| 13. Die MitarbeiterInnen grenzen bewusst bestimmte Personengruppen aus der Einrichtung aus.  | 0 1 2 3 4 |
| Welche?  | 0 1 2 3 4 |

- |  |           |
|--|-----------|
| 14. Die MitarbeiterInnen gehen selbstkritisch mit ihren eigenen Vorurteilen um und versuchen, diese zu überwinden.   | 0 1 2 3 4 |
| 15. Die MitarbeiterInnen akzeptieren die kulturellen Unterschiede ihrer KlientInnen / der BesucherInnen.             | 0 1 2 3 4 |
| 16. Die MitarbeiterInnen pflegen im Privatleben Kontakte zu Angehörigen von kulturellen Minderheiten.                | 0 1 2 3 4 |
| 17. Die MitarbeiterInnen werden regelmäßig aufgefordert, an Fortbildungen zu interkulturellen Themen teilzunehmen.   | 0 1 2 3 4 |
| 18. Interkulturelle Probleme und Fragestellungen spielen bei konzeptionellen Überlegungen eine untergeordnete Rolle. | 0 1 2 3 4 |

#### **IV. Leitung**

- |   |           |
|---|-----------|
| 1. Leitende MitarbeiterInnen haben an Workshops oder Seminaren zu interkulturellen Themen teilgenommen.   | 0 1 2 3 4 |
| 2. Die Leitung sucht aktiv und fördert MitarbeiterInnen aus anderen Kulturen.   | 0 1 2 3 4 |
| 3. Die Leitung berichtet regelmäßig über dabei auftretende Probleme und Fortschritte sowie ergriffene Maßnahmen (auch aus anderen Abteilungen).           | 0 1 2 3 4 |
| 4. Die Leitung pflegt den direkten Kontakt zu den MitarbeiterInnen.   | 0 1 2 3 4 |
| 5. Die Leitung pflegt den direkten Kontakt zu den nicht-deutschen MitarbeiterInnen der Einrichtung.   | 0 1 2 3 4 |
| 6. Die Leitung ergreift kontinuierlich und regelmäßig Maßnahmen (Fortbildungsangebote, Supervision), zur Verbesserung der interkulturellen Kommunikation. | 0 1 2 3 4 |
| 7. Die Bemühungen der Leitung sind effektiv.  | 0 1 2 3 4 |
| 8. ....   | 0 1 2 3 4 |

#### **V. Organisatorisches**

- |   |           |
|---|-----------|
| 1. Diskriminierung und Antidiskriminierungsmaßnahmen sind in der Einrichtung schon diskutiert worden.                     | 0 1 2 3 4 |
| 2. Es sind diesbezüglich Maßnahmen beschlossen und umgesetzt worden.  | 0 1 2 3 4 |
| 3. Die Einrichtung akzeptiert und ermöglicht informelle und formelle Treffen nicht-deutscher MitarbeiterInnen unter sich. | 0 1 2 3 4 |

- |  |           |
|--|-----------|
| 4. Die Pausenräume / die Kantine etc. ermöglichen solche Treffen.  | 0 1 2 3 4 |
| 5. Das Essensangebot in der Kantine nimmt auf kulturell bedingte unterschiedliche Bedürfnisse Rücksicht.                   | 0 1 2 3 4 |
| 6. Die Kommunikation zwischen den MitarbeiterInnen und BesucherInnen wird gefördert.                                       | 0 1 2 3 4 |
| 7. Die Überprüfung und Weiterentwicklung der Ziele der Einrichtung findet in Kooperation mit allen MitarbeiterInnen statt. | 0 1 2 3 4 |
| 8. Die Vorschläge der MitarbeiterInnen werden aufgegriffen und gegebenenfalls umgesetzt.                                   | 0 1 2 3 4 |
| 9. ....  | 0 1 2 3 4 |

## **VI. Fort- und Weiterbildung**

- |  |           |
|--|-----------|
| 1. Beschreiben Sie das Fortbildungsprogramm zu interkulturellen Themen.<br>Nennen Sie Beispiele von Fortbildungsveranstaltungen. | 0 1 2 3 4 |
| 2. Interkulturelle Fragestellungen werden im Fortbildungsprogramm berücksichtigt.  | 0 1 2 3 4 |
| 3. Es gibt regelmäßig Schulungen zu Themen wie:  |           |
| Landeskunde / Informationen zu den Herkunftsländern der KlientInnen / BesucherInnen  | 0 1 2 3 4 |
| Interkulturelle Kommunikation  | 0 1 2 3 4 |
| Umgang mit Fremdheit   | 0 1 2 3 4 |
| Vorurteile   | 0 1 2 3 4 |
| 4. Der Besuch solcher Veranstaltungen ist ausdrücklich gewünscht und wird gefördert.   | 0 1 2 3 4 |
| 5. Es finden regelmäßig in den einzelnen MitarbeiterInnenteams Besprechungen dazu statt.   | 0 1 2 3 4 |
| 6. Die Probleme aus der Praxis können in die Fortbildungen und Besprechungen eingebracht werden.                                 | 0 1 2 3 4 |
| 7. Der kulturelle Hintergrund des Klientels / der BesucherInnen wird ausreichend berücksichtigt.                                 | 0 1 2 3 4 |
| 8. Der Besuch von Sprachkursen wird gefördert.   | 0 1 2 3 4 |

- |   |           |
|---|-----------|
| 9. Es gibt eine ausreichende Handbibliothek für MitarbeiterInnen zu interkulturellen Themen.                            | 0 1 2 3 4 |
| 10. Es gibt in angemessener Zahl auch Literatur von nicht-deutschen AutorInnen.   | 0 1 2 3 4 |
| 11. Die Bibliothek / das Archiv / die Medien sind allen MitarbeiterInnen gut und kostenfrei zugänglich.                 | 0 1 2 3 4 |
| 12. Die Literatur zu interkulturellen Themen wird regelmäßig gesichtet, entsprechende Neuanschaffungen werden getätigt. | 0 1 2 3 4 |
| 13. Die MitarbeiterInnen werden darauf hingewiesen.   | 0 1 2 3 4 |
| 14. ....  | 0 1 2 3 4 |

## **VII. Öffentlichkeitsarbeit**

- |   |           |
|---|-----------|
| 1. Die Einrichtung richtet sich in ihre Öffentlichkeitsarbeit gezielt auch an MigrantInnen.   | 0 1 2 3 4 |
| 2. Es wird mehrsprachiges Informationsmaterial herausgegeben.   | 0 1 2 3 4 |
| 3. Die Einrichtung stellt sich in der Öffentlichkeit bewusst und betont als multikulturell dar.   | 0 1 2 3 4 |
| 4. In Stellenausschreibungen wird der Wunsch nach Erhöhung des Anteils ausländischer MitarbeiterInnen durch eine entsprechende Formulierung berücksichtigt.           | 0 1 2 3 4 |
| 5. Aus den Hinweisschildern / Wegweisern in der Einrichtung geht ihr multikulturelles Profil hervor.  | 0 1 2 3 4 |
| 6. Es gibt gezieltes Informationsmaterial für MigrantInnen.   | 0 1 2 3 4 |
| 7. Die Aufenthalts- / Warteräume sind für Angehörige aller betroffenen ethnischen Gruppen attraktiv. Es werden z. B. entsprechende Periodika abonniert und ausgelegt. | 0 1 2 3 4 |
| 8. ....   | 0 1 2 3 4 |

### **3. Daten zur Situation von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland**

Die folgenden Daten wurden dem „Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 11.12.97 entnommen. Dies sind die in dieser Hinsicht neuesten verfügbaren Daten, denen jedoch Erhebungen von 1995 und 1996 zugrunde liegen.

#### **Ausländische Wohnbevölkerung**

- Ende 1996: 7,314 Mill. Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik Deutschland
- = ca. 9 % der Gesamtbevölkerung. In der EU an 3. Stelle, jeder 4. Migrant aus Mitgliedsland der EU
- Ende 1996: Türken 28 %, Jugoslawen 10,3 %, Italiener 8,2 %, Griechen 5,0 %, Bosnier 4,7 %, Polen 3,9 %, Kroaten 2,8 %, Österreicher 2,5 %. 25,2 % aller im Bundesgebiet lebenden Ausländer sind Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten
- 23,1 % unter 18 Jahre alt. Ausländische Bevölkerung ist im Vergleich zur deutschen wesentlich jünger
- 20,5 % aller Ausländer sind bereits in Deutschland geboren.
- In der Altersgruppe der unter 18-Jährigen sind es 63,1 %, Anteil von ausländischen Kindern an allen in Deutschland geborenen Kindern 13,3 %. Diese werden zum größten Teil auch in Deutschland aufwachsen, Kindergärten besuchen, zur Schule gehen, Berufe erlernen, arbeiten, heiraten und wieder Kinder haben.
- Knapp 30 % aller Migrantinnen und Migranten leben schon 20 Jahre und länger in Deutschland.

#### **Bildung und Ausbildung**

- Hauptschule ohne Abschluss verließen = 15,4 %  
Anteil an der Gesamtzahl der Schüler = 9,3 %  
Der überwiegende Teil aus Griechenland, Italien, ehemaliges Jugoslawien, Portugal, Spanien und Türkei (42 %)

- **Anteil ausländischer Schüler an den Schularten (deutsche Schüler an den jeweiligen Schularten):**

Hauptschulen	23,2 %	(10,1 %)
Realschulen	8,4 %	(12,1 %)
Gymnasien	9,3 %	(22,9 %)
Sonderschulen für Lernbehinderte	4,2 %	(2,0 %)
Sonderschulen für sonstige Behinderte	2,0 %	(1,7 %)
Gesamtschulen	6,5 %	(5,6 %)
Berufsschule	63,5 %	(73,6 %)
Berufsfachschule	16,9 %	(12,8 %)
Berufsvorbereitungsjahr	6,4 %	(1,9 %)
Berufsgrundbildungsjahr	5,2 %	(1,3 %)
Fachoberschulen / Fachgymnasien, Fachschulen	7,4 %	(14,1 %)

- **Schulabschlüsse**

Ohne Hauptschulabschluss	15,4 %	(7,7 %)
Hauptschulabschluss	42,9 %	(25,1 %)
Realschulabschluss oder Entsprechendes	27,3 %	(41,0 %)
Hochschulreife	8,9 %	(25,6 %)

- Jugendliche spanischer Herkunft erfolgreichste nationale Gruppe
- Jugendliche mit türkischem Pass relativ schlechte schulische Voraussetzungen, kein Schul- oder nur Hauptschulabschluss
- Jugendliche mit italienischem oder türkischem Pass häufiger in Sonderschulen anzutreffen
- Mehr als die Hälfte der jungen Frauen und fast die Hälfte der jungen Männer, die heute 20 bis 30 Jahre alt sind, haben keinen beruflichen Ausbildungsabschluss
- Anteil ausländischer Auszubildender = 9,7 %
- Anteil der gleichaltrigen Wohnbevölkerung = ca. 15 %
- Die meisten Auszubildenden ausländischer Herkunft: türkischer, jugoslawischer, italienischer und griechischer Nationalität

- 40 % aller Jugendlichen mit ausländischem Pass der 14- bis 18-Jährigen ohne jede Ausbildung im Anschluss an die Schulpflicht
- Berufsspektrum der Jugendlichen mit ausländischem Pass viel enger als das der deutschen Gleichaltrigen
- Viele Bewerber scheitern an den sprachlichen Einstellungstests.

## Sprache

Faktoren, mit denen der Sprachlernprozess zusammenhängt in abnehmender Bedeutung (Ergebnis des Forschungsprojektes „Deutsch-ausländische Arbeiter der ersten Generation“)

- Kontakt mit Deutschen in der Freizeit
- Einreisealter
- Kontakt mit Deutschen am Arbeitsplatz
- In der Heimat erworbene berufliche Qualifikation
- Dauer des Schulbesuches
- Aufenthaltsdauer

## Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit

- |   |                  |
|---|------------------|
| ▪ Anteil ausländischer Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt  | 20,7 %           |
| ▪ Hilfe in besonderen Lebenslagen   | 13 %             |
| ▪ Anteil an den Gesamtausgaben  | 10 %             |
| ▪ Mit zunehmender Verweildauer in Deutschland nimmt das Risiko eines Sozialhilfebezuges ab wegen besserer Integration in den Arbeitsmarkt |                  |
| ▪ Arbeitslosigkeit von Migrantinnen und Migranten   |                  |
| im Bundesgebiet West  | 21 %             |
| im Bundesgebiet Ost   | 30,4 %           |
| ▪ Anteil der arbeitslosen ausländischen Frauen  | 33,0 bzw. 34,7 % |
| Anteil der Arbeitslosigkeit bei deutschen Frauen 10 % höher   | ca. 45 %         |
| ▪ Anteil der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung:   |                  |
| bei Ausländern  | 78,2 %           |
| bei Deutschen   | 38,3 %           |
| ▪ Anstieg der Arbeitslosigkeit am stärksten in der Altersgruppe von 55 bis unter 60 Jahre: von 1994 zu 1995                               |                  |
| türkische Arbeitslose   | 15 %             |
|   | 24,4 %           |

## Räumliche Verteilung

- 70 % aller in Deutschland lebenden Ausländer leben in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen
- Größter Anteil an der jeweiligen Gesamtbevölkerung der Bundesländer:  
Hamburg = 16,1 %,  
Hessen = 13,6 %,  
Berlin = 13,0 %,  
Baden-Württemberg = 12,4 %,  
neue Bundesländer durchschnittlich = weniger als 2,5 %.  
Insgesamt leben dort nur 3 % aller Ausländer, 8 von 10 Ausländern leben in Wohnorten mit mehr als 100 000 Einwohnern.  
An der Spitze: Frankfurt/Main, Ausländeranteil = 29 %,  
Stuttgart = 24 %,  
München = 23 %.

## Verteilung der deutschen und ausländischen Bevölkerung nach Größe des Wohnortes:

Einwohner	Ausländer	Deutsche
unter 5.000	1,6 %	20,0 %
5.000 bis unter 20.000	8,5 %	16,1 %
20.000 bis unter 100.000	10,2 %	13,6 %
100.000 bis unter 500.000	21,6 %	15,7 %
über 500.000	58,1 %	42,7 %

## Haushaltsgröße

- 16,5 % der Ausländer leben in Haushalten mit 5 oder mehr Personen:  
Deutsche: 8,2 %.
- 23 % der Türken leben in großen Haushalten mit 5 oder mehr Personen, aber die Unterschiede in den Haushaltsgrößen haben sich in der Vergangenheit stark verringert.
- Durchschnittliche Wohnfläche von Ausländern ist mit 66 qm um 2 qm kleiner als der entsprechende Wert für die deutsche Bevölkerung.  
90 % der Ausländer lebt in einer Mietwohnung.
- 70 % der Befragten sind nach einer Marplan-Untersuchung sehr zufrieden oder zufrieden mit ihrer Wohnung.

## **Gesundheit**

- Mütter-Sterbefälle bei ausländischen Frauen:  
Je 100.000 lebend Geborene = 8,2,  
bei deutschen Frauen = 4,1
- Säuglingssterblichkeit auf 1.000 lebend Geborene im 1. Lebensjahr durchschnittlich 6,5 Kinder,  
bei Deutschen 5,1 Kinder (= 20 % Differenz).
- Ca. 25 % der befragten älteren Migrantinnen und Migranten schätzen ihren Gesundheitszustand als schlecht ein.
- Nur 69,5 % Schwangere aus Mittelmeerländern und 58,4 % Schwangere aus Europa nehmen an den Vorsorgeuntersuchungen während der Schwangerschaft teil.

## **Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene**

- 12,3 % aller in Deutschland lebenden unter 21-Jährigen sind Ausländer
- 57,3 % der bei der Marplan-Untersuchung Befragten 14-24-jährigen Ausländer sind in Deutschland geboren.
- Nach einer Untersuchung von 1995 sind 31,3 % die geltenden Regeln undurchschaubar, 28,5 % waren unsicher, ob sie in Deutschland bleiben können, 24,3 % hatten Angst, etwas falsch zu machen, 18,5 % waren unsicher, ob Familienangehörige in Deutschland bleiben können.
- 12,2 % der 15-24-Jährigen treffen in ihrer Freizeit nie Deutsche, 59 % haben täglich oder mehrmals in der Woche Kontakte zu Deutschen.
- Nur fast die Hälfte aller Befragten verfügt über perfekte oder gute Sprachkenntnisse.
- Umfrageergebnisse zeigen, dass 54 % der türkischen, 34 % der ex-jugoslawischen, 40 % der italienischen und 41 % der griechischen Befragten, die keine Freizeitkontakte zu Deutschen unterhalten, auch kein Interesse daran haben.
- Anteil derjenigen, die es vorziehen, in einem Wohnviertel mit überwiegend ausländischer Bevölkerung zu wohnen, in den letzten 10 Jahren von 11 auf 17 % gestiegen.

## **4. Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund**

Die AG 2 hat Informationen über Aktivitäten zur Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein erhoben und zusammengetragen. Dabei wurden berücksichtigt:

- Fragebogen der AG 2
- Besuche vor Ort
- Persönliche Berichte von Projektleitern

Im Folgenden sind die Ergebnisse dieser Erhebungen für die einzelnen unterschiedlichen Bereiche zusammengetragen. Dabei wurden sowohl Erfahrungen aus der Durchführung in konkreten Projekten berücksichtigt, wie auch Anmerkungen der Beteiligten sowie die Feststellung von Defiziten und Verbesserungsvorschläge.

*Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen findet in jeweils konkreten Kontexten und Lebensbereichen statt. Die verschiedenen Lebensbereiche wurden daher gesondert untersucht und werden auch im Folgenden jeweils getrennt dargestellt. Die Recherchen ergaben dabei im Laufe der Zeit, dass sich einige Teilbereiche als besonders wesentlich herauskristallisierten, die daher im Folgenden als separate Bereiche behandelt werden, obwohl sie de facto Teilbereiche größerer Einheiten sind.*

*Als wesentlich hat sich die Vernetzung von bereits vorhandenen Aktivitäten erwiesen, um auf diese Weise Potentiale zu optimieren. Dazu wurde auf Anregung der AG 2 ein „Netzwerk Integration“ geschaffen, das Aktivitäten und Informationen zum Thema „Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen“ in Schleswig-Holstein bündeln und weiterverbreiten soll. Nähere Informationen darüber finden sich in diesem Bericht an anderer Stelle.*

## Bereich Sprache

Übereinstimmend berichten Praktiker, dass es nach wie vor erhebliche Sprachprobleme auch bei ausländischen Kindern und Jugendlichen der dritten Generation gibt. Viele Kinder und Jugendliche sprechen nicht genug deutsch, um beispielsweise dem Unterricht angemessen folgen zu können. Dies führt dazu, dass sie im Deutschunterricht die Note „mangelhaft“ erhalten, aber auch in anderen Fächern, wie beispielsweise Mathematik, dem Unterricht schlechter folgen können und zu schwächeren Leistungen gelangen, als es ihren Fähigkeiten entspräche. So kommt es zu Schulversagen und sekundären Problemen, die durch die daraus entstehenden Frustrationen bedingt sind. Dies zieht häufig Aggressionen nach sich, und damit Probleme im Sozialverhalten der Kinder und Jugendlichen.

Auf der anderen Seite beherrschen viele ausländische Kinder und Jugendliche auch ihre Muttersprache nicht mehr richtig, so dass sie sich dadurch nicht nur *zwischen* den Kulturen wiederfinden, sondern auch eingeschränkte Artikulationsmöglichkeiten und eingeschränkte Verständnismöglichkeiten ihr Sozial- und Leistungsverhalten beeinträchtigen.

Obwohl die Feststellung, dass Sprachkompetenz eine entscheidende Voraussetzung zur Integration darstellt, fast trivial erscheinen muss, zeigt die Realität, dass hier ganz erheblicher Nachholbedarf besteht. Zwar gibt es an vielen Orten Sprach- und Alphabetisierungskurse für verschiedene Zielgruppen, jedoch wurden an anderen Orten aus Kostengründen die Sprachkurse eingestellt.

*Die AG 2 hält es für wesentlich, den entscheidenden Integrationsfaktor Sprache vorranglich zu fördern. Dabei kommen verschiedene Möglichkeiten in Betracht: Sprachkurse finden in unterschiedlicher Variation in verschiedenen Orten statt. Die beiliegende Übersicht zeigt die Möglichkeiten in Schleswig-Holstein.*

In einem Projekt der Arbeiterwohlfahrt in Lübeck gelang es, Alphabetisierungskurse für Frauen mit Förderung über den *Sprachverband Mainz* kostenlos durchzuführen. Hier führten türkische Lehrkräfte den Unterricht durch. Die Frauen hatten die Möglichkeit eine Prüfung zu machen, und so den Grundschulabschluss über ein Zertifikat zu erwerben. Bei anderen Sprachkursen zeigte sich, dass Männer seltener teilge-

nommen haben, zum Teil, weil sie Arbeit gefunden und dann keine Zeit mehr hatten. Frauen sind in dieser Hinsicht besonders wichtige Multiplikatoren für ihre Kinder durch ihre Tätigkeit in der Erziehung und die schulische Unterstützung, die sie ihren Kindern zukommen lassen. Die „Grundsätze für die Förderung von Sprachkursen“ des Sprachverbandes Mainz sind anliegend zur Information beigelegt.

Speziell für Kinder und Jugendliche erscheint es sinnvoll und wünschenswert, schon im Kindergarten *ausländische Erzieherinnen und Erzieher* zu beschäftigen, die während der Arbeit auch in ihrer Muttersprache mit den jeweiligen Kindern sprechen. Zumindest für die große Volksgruppe der türkischen Kinder und Jugendlichen sollte diese zweisprachige Betreuung ermöglicht werden. Dies gilt ebenfalls für die Schule.

Darüber hinaus wird empfohlen, *Versetzungsregelungen* für ausländische Kinder und Jugendliche, die noch nicht 5 Jahre in Deutschland leben, zu verändern, um ihnen auf diesem Wege zu ermöglichen, trotz mangelnder Deutschkenntnisse zu angemessenen Schulleistungen zu kommen. Hier ist es wichtig, die Muttersprache der Kinder und Jugendlichen als erste Fremdsprache anzuerkennen und ihnen verstärkten Deutschunterricht parallel zukommen zu lassen, anstatt sie mit einer dritten Sprache zu überfordern zu einem Zeitpunkt, zu dem sie Deutsch noch nicht richtig beherrschen.

Während der Recherche wurde von Experten die Erfahrung berichtet, dass Kinder, die im muttersprachlichen Unterricht gute Leistungen zeigen, auch ansonsten in der Schule zu guten Leistungen kämen. Darüber hinaus wurde beobachtet, dass eine *deutliche Zweisprachigkeit der Kinder und Vertrautsein mit beiden Kulturen zu einer besseren Identität beiträgt und dadurch zu einer Reduktion der Konflikte bei den Kindern.*

In Schulen und Kindergärten sollten die verschiedenen Sprachen und Kulturen unter dem Aspekt der Bereicherung eingebracht werden, so dass deutsche und ausländische Kinder und Jugendliche davon profitieren können.

Dafür ist allerdings die Voraussetzung, dass die Wahrnehmung der Förderungsangebote der Kindergärten unter finanziellen Aspekten für deutsche wie ausländische Eltern möglich ist, und dass ausländische Eltern von der Bedeutung dieses Angebotes auch für die sprachliche Förderung überzeugt werden.

## **Praxisbeispiel:**

### **Deutsch- und Alphabetisierungskurse für ausländische Frauen**

Seit 1997 führt ein Mitglied des Freundeskreises für Asylsuchende und ausländische Flüchtlinge, Astrid Sörensen-Petersen, Verwaltungsangestellte im Kreiskrankenhaus, in Preetz Deutsch- und Alphabetisierungskurse für ausländische Migrantinnen durch.

Da die 1993 in Kraft getretene neue Asylgesetzgebung keine Deutschkurse für ausländische Flüchtlinge ohne gesicherten Aufenthaltsstatus mehr vorsieht, wird das Erlernen von Grundlagen der deutschen Sprache für Flüchtlinge immer schwerer. Speziell für Frauen, die häufig kulturell mehr an das Haus gebunden sind, haben dadurch eine Möglichkeit verloren, die neue Sprache zu erlernen.

Sprache ist eines der wichtigsten Instrumente zur Integration. Sprachlosigkeit führt zur Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Fähigkeit, in einem fremden Land mit den Menschen kommunizieren, sich mitteilen zu können, ist der erste Schritt, Ausgrenzung zu durchbrechen.

Für ausländische Migrantinnen ist dieser Schritt oftmals sehr viel schwieriger. Zu einem in ihren Heimatländern vorherrschendes Bild von der Rolle der Frau in der Gesellschaft, das sie von der Teilnahme an bestimmten gesellschaftlichen Prozessen und Aktivitäten ausschließt, kommt oft mangelnde oder fehlende schulische Bildung oder eine völlige Unkenntnis der lateinischen Schrift hinzu.

Seit dem Wegfall der Sprachkurse für Asylsuchende und Flüchtlinge gibt es keine Möglichkeit mehr, Deutschkurse von offizieller Seite finanziert zu bekommen. Dieses Problems hat sich Astrid Sörensen-Petersen in Preetz angenommen. Ehrenamtlich organisiert sie Deutsch- und Alphabetisierungskurse für Flüchtlingsfrauen und führt sie auch selbst durch.

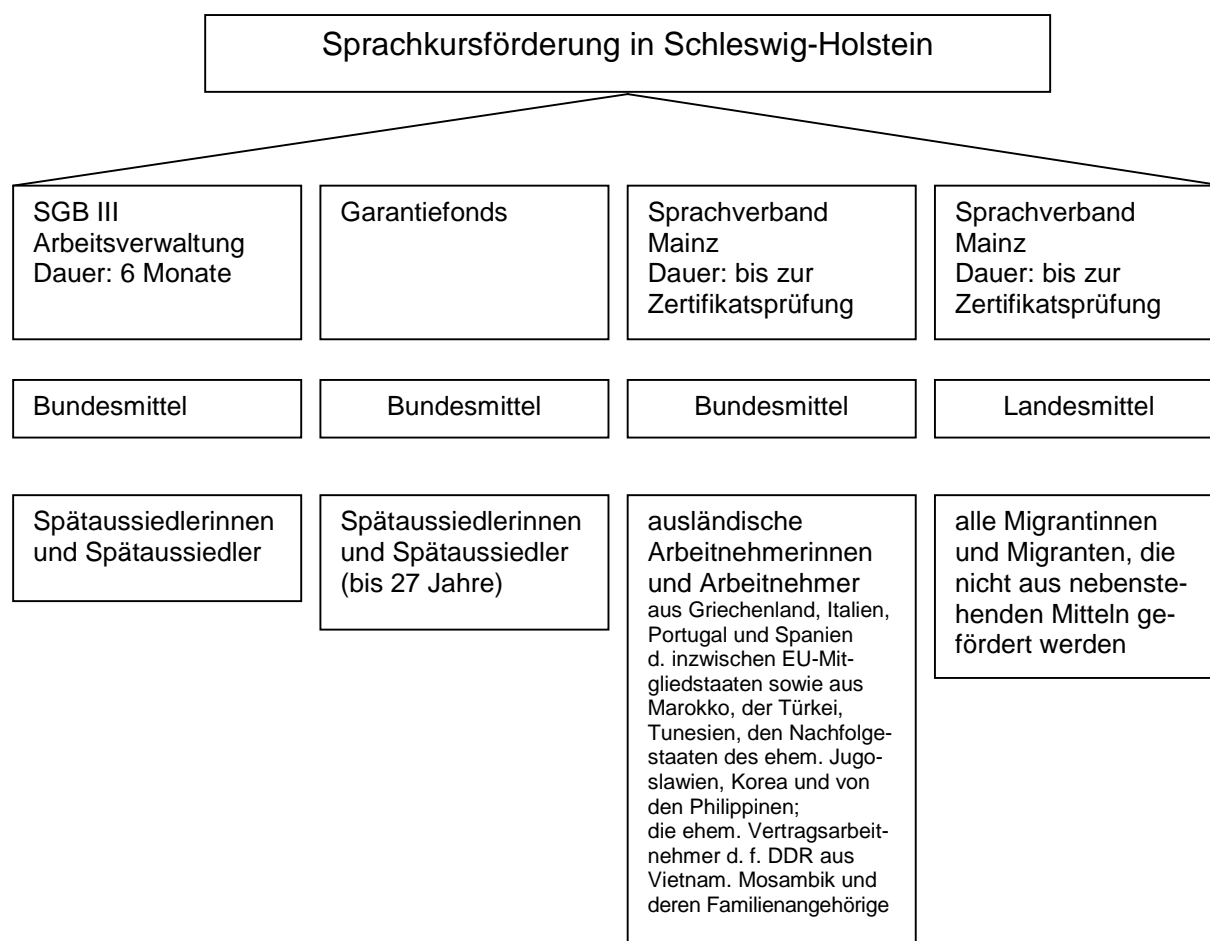
Die Gruppe trifft sich regelmäßig einmal in der Woche in Preetz. Die notwendigen Mittel für Bücher, Lehrmaterialien und Exkursionen stammen aus Zuschüssen der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Plön, des Ausländerbeauftragten des Kreises Plön und vom Verein Bündnis für Fremdenfreundlichkeit COME TOGETHER.

Anhand von Lehrbüchern werden in einer lockeren gemeinsamen Runde die Grundlagen der deutschen Sprache und Schrift erlernt. Auf regelmäßig stattfindenden Exkursionen wird dann der erlernte Sprachschatz möglichst praxisnah angewandt und umgesetzt. Diese Mischung aus Theorie und Praxis motiviert die teilnehmenden Frauen, den Deutschkurs kontinuierlich zu besuchen, so dass von einem guten Lernerfolg gesprochen werden kann.

Den Frauen entstehen durch die Teilnahme am Kurs keine Kosten, da Lehrmaterialien gestellt werden und aufgrund der ehrenamtlichen Tätigkeit von Astrid Sörensen-Petersen auch keine Ausgaben für Dozenten anfallen. Die Migrantinnen sind jedoch angehalten, regelmäßig am Kurs teilzunehmen.

Die seit nunmehr zwei Jahren stattfindenden Deutsch- und Alphabetisierungskurse auf ehrenamtlicher Basis sind für Asylbewerberinnen und Flüchtlingsfrauen in Preetz zu einem wichtigen Bestandteil geworden. Denn sie vermitteln nicht nur Grundlagen der deutschen Sprache, sondern helfen auch, gesellschaftliche Ausgrenzung zu durchbrechen. Der wöchentliche Termin ist für die Frauen zu einer willkommenen Abwechslung geworden, ein wöchentliches Treffen mit anderen Frauen zum Aufbau sozialer Kontakte und Abbau der Isolation.

## Praxisbeispiel: Sprachkursförderung



Migrantinnen und Migranten sind:

- die ehemals angeworbenen ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler
- Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge einschl. jüdischer Emigranten
- de facto und Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylsuchende

### **Ansprechpartner:**

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein

Abteilung IV 6

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Tel.: (04 31) 988-0

Ein Beispiel, wie Mittel sinnvoll gebündelt werden können, findet sich im Bereich „Schule“.

Weitere Beispiele für Projekte können erfragt werden beim

„Netzwerk Integration“, Feldstraße 120, 24105 Kiel, Tel. 0431/8 90 77, Fax: 0431/8 90 79,  
e-mail: [AKJS.SH@t-online.de](mailto:AKJS.SH@t-online.de), Internet: <http://www.schleswig-holstein.jugendschutz.de/>

## Aspekte Interkultureller Pädagogik

Gerade im Alltag der Kinder und Jugendlichen treffen in der Schule und in Kindertagesstätten verschiedene Kulturen aufeinander. Insofern bietet sich hier eine von vielen Möglichkeiten, interkulturell zu arbeiten. Eine notwendige Reaktion darauf ist die Entwicklung interkultureller Konzepte.

*Dabei müssen zwei Schwerpunkte verfolgt werden:*

Zum einen müssen alle Kinder und Jugendlichen auf ein Miteinander in dieser kulturell und sprachlich vielfältigen Gesellschaft vorbereitet werden, auch in Hinblick auf die Entwicklung bzgl. Europas.

Interkulturelle Pädagogik will das Selbstvertrauen und die Selbstverantwortung des Einzelnen fördern und betont die Gleichwertigkeit von Menschen und ihren verschiedenen Lebensformen.

Interkulturelle Pädagogik ermutigt zur Begegnung und Offenheit. Sie setzt sich dafür ein, Gemeinsamkeiten wie auch Unterschiede kennen zu lernen und anzuerkennen.

Natürlich treten in den Alltagsbegegnungen der Kinder und Jugendlichen auch Konflikte untereinander oder beispielsweise zwischen LehrerInnen und SchülerInnen auf. Ursachen für Konflikte können dabei neben (*üblichen*) Meinungsverschiedenheiten auch unterschiedliche Denk- und Handlungsmuster oder Werte- und Normenvorstellungen sein.

Konflikte zwischen männlichen und zunehmend auch weiblichen Jugendlichen (innerhalb der Gruppe, zwischen Deutschen und migrierten Jugendlichen aber auch zwischen Jugendlichen verschiedener Ethnien) werden häufig auf gewalttätige Art und Weise ausgetragen. Dabei geht es um Abgrenzung des Einzelnen oder der Gruppe gegenüber den Anderen, Herstellung eigener Identitäten, häufig aber auch um die soziale Stellung in der Gesellschaft.

Interkulturelles Lernen erfordert dementsprechend gezielte Maßnahmen, die die unterschiedlichen Gruppen in Kontakt miteinander bringen.

Migrierte wie auch deutsche Jugendliche lernen dann, sich mit den verschiedenen Werte-, Normen- und auch Erziehungshaltungen auseinander zu setzen und Antworten auf Verständigungsprobleme und Reibungspunkte zu finden. Neben der Fähigkeit sich in andere Lebenssituationen und -formen hineinzusetzen ist es auch wichtig zu lernen, gewaltfrei Konflikte auszutragen, Lösungen zu finden oder sich abzugrenzen.

Der zweite Schwerpunkt interkultureller Konzepte besteht darin, auf Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund hinzuwirken. Integrationsbestrebungen müssen ihren Blickwinkel erweitern, um auch die Gefährdungen

von migrierten Kindern und Jugendlichen durch Ausgrenzung, Diskriminierung und strukturelle Benachteiligung wahrzunehmen. So steht und fällt die Integration von migrierten Jugendlichen mit den Bildungs- und Ausbildungschancen, die ihnen geboten bzw. die sie wahrnehmen können. Mehrsprachigkeit ist in diesem Zusammenhang nicht nur als Problem der Sprachvermittlung zu sehen sondern als Vorteil in einer sich wandelnden Arbeitswelt. Wie eingangs angemerkt ist beim Schulbesuch, bei den Schulabschlüssen und in der beruflichen Ausbildung noch ein deutlicher Rückstand gegenüber gleichaltrigen deutschen Jugendlichen zu verzeichnen.

Bildungs- und Ausbildungsniveau wirken sich sowohl auf das Selbstwertgefühl als auch auf das Ansehen der Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus. Eine Verbesserung der Zugangsbedingungen zum Schul- und Ausbildungssystem mit begleitenden, die Chancengleichheit fördernden Maßnahmen ist erforderlich. Es muss berücksichtigt werden, dass migrierte SchülerInnen den Lehrstoff nicht in ihrer Muttersprache lernen.

Dementsprechend ist der Spracherwerb als Mittel zur Kommunikation und als Notwendigkeit, um an verschiedenen Angeboten und vor allem an der Ausbildung teilzuhaben, von großer Bedeutung.

Strukturen und Inhalte der Schule (auch der KITAS oder Jugendhilfeeinrichtungen) berücksichtigen bislang selten die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe ihrer SchülerInnen (BesucherInnen). Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund finden sich und ihre Lebenssituation dort nicht widergespiegelt.

Gleichzeitig kommt der Schule als Ort, an dem alle Kinder und Jugendlichen präsent sind, als Ort des Lernens auch von sozialen und kulturellen Erfahrungen ein großes Integrationspotential zu.

Erziehung und Bildung haben das Ziel, *alle* auf das Miteinander in einer kulturell und sprachlich vielfältigen Gesellschaft vorzubereiten.

Dabei ist Interkulturelle Pädagogik als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die in allen inhaltlichen Bereichen der sozialen Arbeit, der Prävention und in der Struktur der Einrichtungen und Dienste eingebracht und umgesetzt werden muss.

Um diese Ziele zu erreichen, aber auch um mit den realen Anforderungen zurecht zu kommen, müssen SozialpädagogInnen, BeraterInnen und insbesondere Lehrkräfte in Aus- und Fortbildung interkulturelle Kompetenzen erwerben.

Das im folgenden kurz dargestellte Projekt bietet ein anschauliches Beispiel von Möglichkeiten interkultureller Pädagogik in der Praxis.

## **Praxisbeispiel:**

### **Interkulturelle Pädagogik in den städtischen Kindertageseinrichtungen der Stadt Kiel**

Ausgangspunkt der Überlegungen zur Einrichtung interkultureller Pädagogik war die Beobachtung, dass „im Regelfall in Migrantenfamilien im häuslichen Bereich überwiegend die Muttersprache gesprochen wird, so dass die Kinder nur ohne oder nur mit bruchstückhaften deutschen Sprachkenntnissen in die Einrichtung kommen“ (Erfahrungsbericht zum Projekt: Interkulturelle Pädagogik in den Kindertageseinrichtungen, Kiel, Juli 1998).

Es wurde davon ausgegangen, dass „nicht ausschließlich die Kultur des Herkunftslandes im Mittelpunkt der Betrachtungen steht, sondern der Bezugspunkt die kulturellen und sozialen Bedingungen der hier lebenden Migranten und Migrantinnen ist“ (a.a.O.). „In der Vielfalt von Lebensformen und in dem Vorhandensein unterschiedlicher Normen und Verhaltensanforderungen wird eine Chance für die Entwicklung neuer und umfassender Lernmöglichkeiten für deutsche und ausländische Kinder gesehen“ (a.a.O.). Eltern sollten mit in die Arbeit einbezogen werden, und „Ziel der interkulturellen Erziehung ist es, dass Kinder lernen, mit den widersprüchlichen Anforderungen unterschiedlicher Kulturen produktiv umzugehen, sich damit bewusst auseinander zu setzen und entsprechende Handlungsstrategien zu entwickeln“ (a.a.O.).

Die Förderung der Zweisprachigkeit ist damit eng verbunden. „Im Kindergarten ist festzustellen, dass die ausländischen Kinder recht schnell und ungesteuert ihre Deutschkenntnisse erweitern, wobei der Wortschatz weitgehend durch den Kindergarten-Themenkatalog bestimmt ist. Im häuslichen Bereich kehren die Kinder in ihre Muttersprache zurück, wobei es keinen Transfer des Erlernten gibt, da die sprachlichen Inhalte aufgrund kultureller Unterschiede oft andere sind. Dadurch wachsen ausländische Kinder im Extremfall zweisprachig, aber keinesfalls bilingual auf. Die Defizite in beiden Sprachen nehmen sogar zu“ (a.a.O.).

Zusätzliche Stellen für Kinderpflegerinnen wurden in den Kindertagesstätten mit türkischen Fachkräften besetzt, türkische Feste wurden gefeiert und türkische Lieder mit den Kindern gesungen. In den Kindertageseinrichtungen in Gaarden und Mettenhof werden z.T. über 50 % ausländische, nicht deutschsprachige Kinder betreut, in

Gaarden vorwiegend türkische Kinder, in Mettenhof viele unterschiedliche Nationalitäten.

In der KTE Johannesstraße wurden alle Gruppen mit einer deutschen und türkischen Fachkraft besetzt und eine deutsch-türkische Leiterin eingestellt. In allen anderen Einrichtungen in Gaarden wurden türkischsprachige pädagogische Kräfte beschäftigt. Dadurch wurde die Kommunikation zwischen Erziehern und Eltern sowie auch Kindern verbessert. „Türkischsprachige Kinder sind deutlich selbstbewusster und selbstsicherer geworden“ (a.a.O). Eine aktive Sprachförderung soll den Entwicklungsstand in der Muttersprache gezielt weiterentwickeln, da die Beherrschung der Muttersprache als Voraussetzung zum Erlernen, auch der deutschen Sprache betrachtet wird.

Materialien für die Sprachförderung wurden in Eigeninitiative übersetzt und können nun von allen städtischen Kindertageseinrichtungen genutzt werden. Die Zweisprachigkeit ist inzwischen selbstverständlich geworden, Elterninformation und Formulare werden weitgehend in deutsch und türkisch weitergegeben. „Die Beteiligung der türkischen Eltern am Leben der Kindertageseinrichtung ist erheblich gestiegen. Im Rahmen von einzelnen Projekten kochen Eltern ihre heimischen Gerichte für die Kinder, kommen türkische Väter, um mit den Kindern zu spielen oder gestalten Eltern Feste in der Einrichtung. Über das Angebot von Elternabenden nur für türkische Eltern können auch kulturelle Probleme und Schwierigkeiten, z. B. beim Schwimmen, leichter und offener besprochen werden. Die Beteiligung türkischer Eltern in der Elternvertretung ist erheblich gestiegen“ (a.a.O.).

Fortbildungen der Mitarbeiter haben zur Verbesserung der Arbeit in dieser Hinsicht beigetragen, und ein Arbeitskreis der türkischsprachigen Mitarbeiter dient dem Erfahrungsaustausch und der Entwicklung neuer Angebote. Darüber hinaus hat ein Großteil der deutschen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Türkisch-Kurse besucht.

In Mettenhof werden Kinder aus bis zu 13 Nationen betreut, dabei wird darauf geachtet, Kinder gleicher Nationalität möglichst in einer Gruppe aufzunehmen und die Kinder so zu unterstützen, sich auch in ihrer Muttersprache zu verständigen. Schwerpunkt der Arbeit ist die Elternarbeit. Eine hausinterne Dolmetscher-Liste der Eltern hilft bei der Verständigung. Es zeigte sich, dass die Mitarbeiter und Mitarbeite-

rinnen der Kindertagesstätten häufig auch in allgemeinen Fragen die ersten Ansprechpartner sind im Hinblick auf Kontakte zu Institutionen.

In der Elternarbeit hat sich besonders die Einrichtung von Elternabenden für „neue“ ausländische Eltern bewährt. Um die Verständigung zu erleichtern, wird das Leben im Kindergarten mit Hilfe von Dias bildlich dargestellt.

Das Interesse, insbesondere von Müttern, an der deutschen Sprache führte dazu, dass ein Deutsch-Kurs für 15 Elternteile angeboten und organisiert wurde. Die Lehrkraft wird von dem Verein TIO (Treff- und Informationsort für türkische Frauen) gestellt. Die Kinderbetreuung wurde zunächst von Erzieherinnen der Kindertagesstätte übernommen und später von deutschen Müttern weitergeführt.

Die Mitarbeiterinnen nahmen an Fortbildungen über unterschiedliche Kulturen teil, so dass über diesen Weg mehr Verständnis für die Belastungen der Eltern erreicht werden konnte. „Viele nicht deutschsprachige Eltern wählen bewusst die städtischen Einrichtungen, da die interkulturelle Arbeit sehr geschätzt wird“ (a.a.O.).

**Ansprechpartner:**

Stadt Kiel

Jugendamt

Telefon: 0431 / 901-0

## **Bereich Schule**

Das für den Bereich Sprache Festgestellte gilt in besonderer Weise für den Bereich Schule. Da Unterricht im wesentlichen über Sprache transportiert wird, machen sich Defizite hier in besonderer Weise und sehr schnell bemerkbar. Sprachförderunterricht, aber auch Hausaufgabenhilfe spielen daher im schulischen Bereich eine wesentliche Rolle.

Einen Überblick über die schulische Situation geben die

„Ergebnisse der Schulstatistik des Schuljahres 1997/98

Ausländische Schülerinnen und Schüler

an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Schleswig Holstein

Die Zahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler hat gegenüber dem vorhergehenden Schuljahr um rund 500 auf rund 16.900 Schülerinnen und Schüler zugenommen. Im gleichen Zeitraum stieg die Gesamtzahl der deutschen Schülerinnen und Schüler um rund 8000.

Aus diesem Grunde ist der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschülerzahl etwa auf dem Stand des Vorjahres von 5,5 % geblieben.

<b>Schulart</b>	<b>ausländische SchülerInnen</b>	<b>in Prozent</b>
Hauptschule	3.757	9,8
Förderschule	775	9,8
Realschule	2.034	3,9
Gymnasium	1.446	2,3
Gesamtschule	641	5,5

Aus dem prozentualen Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an den einzelnen Schularten ergeben sich jedoch nachdenklich stimmende Ergebnisse. Aufgrund von schlechteren Eingangsvoraussetzungen sind ausländische Schülerinnen und Schüler an den Haupt- und Förderschulen in Relation zu ihrem prozentualen Anteil an den Gesamtschülerzahlen des Landes deutlich überrepräsentiert. So sind landesweit jeweils 9,8 % der ausländischen Kinder an Haupt- und Förderschulen gemeldet.

Dagegen ist ihr Anteil an Realschulen (3,9 %), Gymnasien (2,3 %) und Gesamtschulen (5,5 %) eher als deutlich unterrepräsentiert einzustufen.

Wegen der Bevölkerungsstruktur konzentriert sich der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler bei fast allen Schularten auf die vier kreisfreien Städte. Auch in den an Hamburg grenzenden Kreisen ist der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler höher als in den anderen Kreisen.

An vielen Orten wird **Hausaufgabenhilfe** in verschiedener Form angeboten. Außerschulische Hausaufgabenhilfe kann auch ehrenamtlich angeboten werden oder durch Laien zu geringerem Honorar erteilt werden. Diese Art von außerschulischer Hausaufgabenhilfe wurde zum Teil auf ihre Effektivität hin überprüft und als sehr effizient beurteilt. Der dringende Bedarf für zahlreiche, auch ausländische, Kinder und Jugendliche für Hausaufgabenhilfe liegt auf der Hand.

Beim Ausländerreferat des Innenministeriums können hierfür Zuschüsse beantragt werden (**Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Abt. 6, Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel, Tel.: 0431/988-0**).

Lern- und Hausaufgabenhilfen wurden in der Vergangenheit in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium durchgeführt und zum Teil direkt durch die Schulleiter beim Ministerium beantragt.

In den Schulen selber erscheint neben **muttersprachlichem Unterricht** das Angebot von *Integrationsunterricht* mit 2 Stunden pro Woche sinnvoll. Eine spezielle Integrationslehrkraft sollte sich als Ansprechpartner für ausländische Schüler und Schülerinnen zur Verfügung halten, um bei Konflikten vermitteln zu können oder auch Probleme, die im Zusammenhang mit dem Elternhaus entstehen, bearbeiten zu können.

Häufige Themen, die hier berichtet werden, sind beispielsweise die Teilnahme von türkischen oder iranischen Mädchen am Sport- und Sexualkundeunterricht. Hier können entsprechend geschulte Lehrkräfte Hilfestellung durch Gespräche mit den Eltern anbieten.

Der **Umgang mit Religion** wird von der AG als wichtiges Thema betrachtet, z. B. könnte Islam-Unterricht durch gut ausgebildete Lehrkräfte nach deutschen Lehrplänen integrationsfördernd wirken.

Das Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland stellt zu dieser Thematik u. a. folgendes fest (alle folgenden Texte sind entnommen der Schrift „Religionsunterricht für muslimische Schülerinnen und Schüler“. Eine Stellungnahme des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland. Hrsg.: Kirchenamt der Ev. Kirche in Deutschland, Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover, Februar 1999):

„In Westdeutschland sind ca. 39 % der Schüler und Schülerinnen evangelischen, ca. 41 % römisch-katholischen und ca. 6 % islamischen Glaubens. Unter den Letzteren bilden mit einem Anteil von ca. 80 % die jungen Türcinnen und Türken die Majorität. In westdeutschen Ballungsgebieten gibt es nicht selten Klassen ... mit einem Anteil von Schülern und Schülerinnen islamischen Glaubens von deutlich über 50 %. In den neuen Bundesländern gehören lediglich ca. 30 % der Schülerinnen und Schüler einer christlichen Konfession an.

Man hofft auch staatlicherseits, dass ein wie der christliche Religionsunterricht offener, wissenschaftlich fundierter und diskursfähiger islamischer Religionsunterricht die Integration der muslimischen Schülerinnen und Schüler fördert. Manche islamische Glaubensgemeinschaften haben deswegen folgerichtig an solch einem in ihrer Sicht „verweltlichten“ schulischen Religionsunterricht kein Interesse.

Einen besonderen Weg bei der Entwicklung von Lehrplänen für eine islamische Unterweisung bzw. einen islamischen (Religions-)Unterricht, der mit den Grundsätzen des Islam übereinstimmt, hat das Land Nordrhein-Westfalen beschritten. ... Die heute vorliegenden Curricula treffen vor allen Dingen im Bereich der akademischen islamischen Theologie auf Zustimmung.

Der in den türkischen muttersprachlichen Unterricht integrierte islamische Unterricht ist in keinem Fall Religionsunterricht im Sinne von Artikel 7, Abs. 3 GG.

Nicht-türkische Schülerinnen und Schüler islamischen Glaubens können an dem Unterricht, der nicht in deutscher Sprache stattfindet, nicht teilnehmen. Er erreicht ferner durchschnittlich nur ca. 20 % der türkischen Muslime in der Schule.

Die starke Anbindung des Unterrichts an die Türkei bzw. die entsprechenden staatlichen türkischen Stellen und Vertretungen erscheint problematisch... Auf jeden Fall repräsentieren die staatlichen Stellen der Türkei nicht die gesamte islamische Glaubenswelt.

Es ist Angelegenheit der Muslime in Deutschland, sich über die Erfüllung der Voraussetzungen für einen Religionsunterricht nach Artikel 7, Abs. 3 GG zu verständigen und als Religionsgemeinschaft dem Staat gegenüberzutreten.

So wie im evangelischen Religionsunterricht evangelische Kirchen verschiedenen Bekenntnisses (z. B. lutherisch .... reformiert, teilweise auch evangelisch freikirchlich) gemeinsam den evangelischen Religionsunterricht mitverantworten, stehen auch islamische Gruppen und Vereinigungen vor der Aufgabe, sich in den einzelnen Bundesländern als Religionsgemeinschaften relevanter Größe gemeinsam auf die Inhalte und die Beauftragung der Lehrenden eines Religionsunterrichts für muslimische Schüler und Schülerinnen zu einigen ... Diese Leistung ist auch ein Prüfstein für die gleichzeitig notwendige Erfüllung der Pflicht, sich in einem pluralen demokratischen Gemeinwesen mit Menschen anderer religiöser und weltanschaulicher Überzeugung zu verständigen.

Die Einrichtung z. B. einer separaten, staatlich geprägten Religionskunde für muslimische Schülerinnen und Schüler ist abzulehnen.

Jeder Religionsunterricht muss in deutscher Sprache erteilt werden.

Zu einem ordentlichen Religionsunterricht für muslimische Schülerinnen und Schüler gehören ferner hinreichend qualifizierte, staatlich anerkannte und beaufsichtigte muslimische Lehrerinnen und Lehrer oder Geistliche. Nötig sind ebenso islamische Lehrangebote an deutschen Universitäten und die Einführung einer grundständigen Lehramtsausbildung.

Es sind die erreichten hohen wissenschaftlich pädagogischen Standards des christlich konfessionellen Religionsunterrichts anzustreben.

In allem bleibt ... eine selbstverständliche Voraussetzung, dass ein in unserer Verfassung gegründeter, in das pädagogische Umfeld der Schule eingebetteter, auf Dialog angelegter Religionsunterricht gewollt wird, der der freien und selbständigen religiösen Orientierung der Schülerinnen und Schüler dient.“

Neben der Einführung muttersprachlichen Unterrichts und der Beschäftigung mehrsprachiger Lehrkräfte zur multikulturellen Erziehung bieten sich jedoch auch konkrete Projekte in den Schulen an.

*Schulen* eignen sich aber auch als **Ausgangsort für sinnvolle Freizeitgestaltung**. So wurde in Lübeck-Moisling beispielsweise von 5 Schulen ein gemeinsames Konzept entwickelt, um der Situation von zahlreichen Sachbeschädigungen und einer verhärteten Einstellung der Eltern zur Schule entgegenzuwirken. Die Erfahrung zeigte hier allerdings, dass die Unterschiede zwischen den Schultypen eine Einigung besonders schwierig machten.

**Ansprechpartner:**

Herr Faasch - Stadtteil und Schule - Koordinationsbüro,  
Brüder-Grimm-Ring 6-8, 23560 Lübeck, Tel. 0451/802038.

Als empfehlenswert und wesentlich hat sich die Einrichtung einer Nachmittagsbetreuung im Anschluss an die Schule herausgestellt. Es besteht das Problem, dass *viele Kinder nachmittags unbetreut und vernachlässigt* sind und ein Schulhort hier wichtige Dienste leisten kann. Auf diese Weise kann sowohl Hausaufgabenhilfe geleistet werden, als auch ein Freizeitangebot für die Jugendlichen gemacht werden, das sie davon abhält, aus Langeweile und Frustration zu negativen und aggressiven Handlungen zu greifen.

Es existieren zahlreiche Elternvereine, die sich im Bereich „Familie, Schule etc. engagieren und beratend zur Seite stehen können. Adressen können erfragt werden beim

„Netzwerk Integration“, Feldstraße 120, 24105 Kiel, Tel. 0431/8 90 77, Fax: 0431/8 90 79, e-mail: [AKJS.SH@t-online.de](mailto:AKJS.SH@t-online.de), Internet: <http://www.schleswig-holstein.jugendschutz.de/>

Interkulturelle Pädagogik sollte verstärkt miteinbezogen und aktiv umgesetzt werden, um auf diese Weise Integration unmittelbar zu fördern. Durch Struktur und Inhalte der Schule erfahren Schüler ausländischer Herkunft nach wie vor Ausgrenzungen.

Die Schulen tragen der kulturell vielfältigen Situation wenig Rechnung. Unterrichtsinhalte und Lernformen beziehen kulturelle Voraussetzungen und Verschiedenheiten sowie die Migrationserfahrungen kaum ein.

Konzepte interkultureller Pädagogik sollten verstärkt beachtet und aktiv umgesetzt werden, um auf diese Weise Integration und Gleichwertigkeit unmittelbar zu fördern. Dazu gehört auch das ausreichende Angebot von entsprechenden Fortbildungen.

Hier bietet der Einsatz von interkulturellem Lehrmaterial *eine* Möglichkeit: So hat beispielsweise das Anne-Frank-Haus / Amsterdam in Kooperation mit anderen pädagogischen Einrichtungen Material für verschiedene Altersstufen entwickelt.

Hiermit wird LehrerInnen wie SchülerInnen Material an die Hand gegeben, um kulturelle Vielfalt, Gleichwertigkeit sowie Diskriminierung zum Thema zu machen.

Lernmaterial zur interkulturellen Pädagogik („Das sind wir“, II) der Anne-Frank-Stiftung ist erhältlich beim

**„Netzwerk Integration“**, Feldstraße 120, 24105 Kiel, Tel. 0431/8 90 77, Fax: 0431/8 90 79, e-mail: [AKJS.SH@t-online.de](mailto:AKJS.SH@t-online.de), Internet: <http://www.schleswig-holstein.jugendschutz.de/>

Weitere Beispiele für Projekte können ebenfalls über das Netzwerk erfragt werden.

## **Praxisbeispiel:**

### **Interkulturelles Lernmaterial des Anne Frank Hauses, Amsterdam, für alle Altersgruppen zwischen 6 und 16 Jahren**

In den meisten Unterrichtsmaterialien hierzulande wird noch immer ausschließlich das „weiße, gesunde Mittelschichtskind mit seiner Familie“ dargestellt und als Normalfall und Identifikationsmuster vermittelt. Die faktisch vorhandene gesellschaftliche Vielfalt wird ausgeblendet. Kinder mit nichtdeutschem Hintergrund kommen – wenn überhaupt – als Ausnahmefall vor: als Problem, als Objekt des Mitleids oder zur „Bereicherung“ durch das „Fremde“.

Das Anne Frank Haus hat mit verschiedenen KooperationspartnerInnen pädagogische Materialien zum interkulturellen Lernen entwickelt.

Bei den im Folgenden dargestellten Lernmaterialien gehören alle Kinder einer Lerngruppe selbstverständlich dazu. Die Kinder und Jugendlichen werden angeregt und dabei begleitet, positive Erfahrungen im Umgang mit Vielfalt zu machen. Im Zentrum stehen erfahrungsorientierte Ansätze, die sowohl eine positive Identität stärken als auch positive Perspektiven für das Zusammenleben aufzeigen.

Die Materialien stellen einen Beitrag zur Entwicklung interkultureller Qualität in Bildung und Erziehung der Kindertagesstätten und der schulischen wie außerschulischen Jugendarbeit dar. Schwerpunkt ist die Ausbildung interkultureller kommunikativer Kompetenzen. „Das kenne ich auch!“ bedeutet in der didaktisch-methodischen Konsequenz zweierlei: Zum einen finde ich Anknüpfungs- und Identifizierungsangebote vor, zu denen ich aus eigenem Erleben viel erzählen kann und will. Gleichzeitig bin ich auch neugierig darauf, was meinen Mitschülerinnen und Mitschülern und auch der Lehrkraft dazu einfällt. Ich berichte von meinen Erlebnissen und Erfahrungen und höre anderen beim Berichten zu.

Zum anderen stellt sich der Effekt ein, dass zu gleichartigen Erlebniskategorien unterschiedlichste individuelle konkrete Erlebnisse und Erfahrungen dargestellt werden. Der Ansatz „Alle gleich – alle anders“ schafft so unausgesprochen ein Gemeinschaftsgefühl zwischen allen Gruppenmitgliedern.

## Die Materialien

### **„Das bin ich – Det er mig – Dat sinn ech- Dit ben ik“**

„Das bin ich“ ist ein Lernmaterial für Kindergarten und Klassenstufen 1 und 2 der Grundschule. In insgesamt 12 großformatigen Foto-Text-Büchern stellt je ein Kind aus Dänemark, Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden eine typische Geschichte aus seinem Alltag vor und fordert zur Suche nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden auf.

Zu dem Lernpaket gehören außerdem:

- eine CD mit Buchtexten als Hörvariante.
- ein Poster mit den Porträts aller DBI-Kinder kann im Gruppenraum aufgehängt werden und als stummer Impuls u.a. dazu anregen, die Porträts aus der eigenen Gruppe hinzuzufügen.
- ein umfangreiches Angebot an Ideen für Puppenspiele liegt dem Paket bei. Mit den Puppen können die Kinder entweder gezielt bestimmte Themen aufgreifen oder freie Assoziationen damit realisieren.
- eine CD mit fünf DBI-Liedern rundet das Angebot für die Hand der Kinder ab. Das Spektrum reicht vom Walzer über Arabeske Musik zum Rock und Jazz, vom Thema Kuscheltiere über Träume zum Lernen der Namen innerhalb einer Gruppe.
- für die Unterstützung der Arbeit der Lehrkräfte wird eine umfangreiche Lehrerinformation mitgeliefert, die vor allem die interkulturellen Ansätze der Bücher darlegt und variantenreiche methodische und didaktische Anregungen bietet.
- ein Videoband für die Lehrkräfte und auch für Elternversammlungen zeigt, wie mit DBI gearbeitet werden kann.

Es wird als Paket verkauft und ist ab Mai 2001 verfügbar. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können sich für die Teilnahme an einer Präsentation einschreiben bei der AKJS.

## **„Das sind wir“**

Ist ein interkulturelles Lernprojekt für die Klassenstufen 4 – 6 aller Schularten. Auch hier kommen Kinder mit unterschiedlichen Hintergründen zu Wort und erzählen Erlebnisse aus ihrem Alltag. Sie sind zwischen 10 und 12 Jahren und leben in Deutschland.

„Das sind wir“ ist für Kinder im Alter zwischen 9 und 12 Jahren gedacht. In einem Lesebuch kommen sechs Kindern unterschiedlicher ethnischer Herkunft, die heute in Deutschland zur Schule gehen mit Geschichten aus ihrem Alltag zu Wort. Die Kinder werden angeregt, Vielfalt als etwas Positives zu erfahren. Sie werden gestärkt in ihrer Suche nach einer eigenen positiven Identität. Das Projekt richtet sich an Lehrkräfte in Schulen sowie an PädagogInnen in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit. Mit „Das sind wir“ können neue interkulturelle Ideen im fächerverbindenden und themenzentrierten Unterricht umgesetzt werden.

Das Materialpaket besteht aus:

- Lesebüchern, (72 Seiten, mehrfarbig, Hardcover mit Fotos und Illustrationen),
- einem Lehrerhandbuch,
- einem Videofilm.

## **„Das sind wir 2“**

„Das sind wir 2“ richtet sich als Nachfolgeprojekt an die 13- bis 16-Jährigen. Das Lernprojekt vermittelt über individuelle Lebensgeschichten von Jugendlichen positive Erfahrungen mit Vielfältigkeit, Toleranz und interkulturellem Zusammenleben. Es beinhaltet einen Videofilm für den Unterrichtseinsatz, in dem Jugendliche aus mehreren europäischen Ländern von sich, ihrem Alltag und von ihren Zukunftsträumen erzählen. Der Titel des Films signalisiert ihr Vertrauen in die eigene Kreativität auch unter schwierigen Bedingungen: Das schaff ich schon – dat lukt me weil! Die im Film angeschnittenen Themen Idole und Ideale, Aussehen und Äußerlichkeiten, Liebe und Freundschaft sowie Zukunft und Perspektiven werden in einer begleitenden Zeitung (30 Stück) vertieft. Dazu gibt es ein System mit 86 Karteikarten, in dem konkrete Ausarbeitungen, Arbeitshinweise und Anregungen für spielerische Aktivitäten enthalten sind.

Nähere Informationen und Bestellungen beim

**„Netzwerk Integration“, Feldstraße 120, 24105 Kiel, Tel. 0431/8 90 77, Fax: 0431/8 90 79, e-mail: [AKJS.SH@t-online.de](mailto:AKJS.SH@t-online.de), Internet: <http://www.schleswig-holstein.jugendschutz.de/>**

## **Praxisbeispiel:**

### **Außerschulische Nachhilfeförderung für schulpflichtige MigrantInnen in Schleswig-Holstein**

Das Erlernen der deutschen Sprache stellt den zentralen Schlüssel zu einer gelungenen Integration von Zuwanderern in Deutschland dar. Kinder und Jugendliche haben oft Schwierigkeiten, dem deutschen Schulunterricht zu folgen. Um hier schnellstmöglich helfen zu können, bieten das Land und der Bund außerschulische Nachhilfen (insbesondere für Spätaussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge) an. Auf der Grundlage von Fördermaßnahmen des Landes können ergänzende bundesfinanzierte Nachhilfestunden über den sogenannten Garantiefonds durchgeführt werden.

#### **Förderungen des Landes**

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein stellt landesweit rund 200 Lehrerstellen für die Förderung von Schülern nichtdeutscher Muttersprache bereit. Abhängig vom jeweiligen Schüleranteil werden die Personalstellen den einzelnen Schulämtern zugewiesen.

Zusätzlich bezuschusst das Innenministerium mit jährlich rund 200.000 DM außerschulische Lern- und Hausaufgabenhilfen für alle Zuwandererkinder. Das Ziel ist, für jeden förderfähigen Schüler (insbesondere allgemein schulpflichtige Spätaussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge) pro Woche 4 Stunden außerschulische Nachhilfe zu ermöglichen.

***Antragsformulare und die Fördergrundsätze können beim schleswig-holsteinischen Innenministerium, Referat IV 61, Postfach 71 25, 24171 Kiel, angefordert werden.***

#### **Ergänzende Förderung des Bundes: Garantiefonds**

Nach den vom Bundesfamilienministerium zum 01.03.98 neu gefassten sog. Garantiefondsrichtlinien können ergänzend zur Förderung des Landes bis zu 6 Wochenstunden außerschulischer Nachhilfe aus Garantiefondsmitteln gewährt werden. Diese Mittel werden nur für Spätaussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge bewilligt.

Diese außerschulische Nachhilfe wird „grundsätzlich ab der 5. Klasse“ gewährt. Dies bedeutet, dass die Bewilligungsbehörden einen Entscheidungsspielraum haben, um

in Ausnahmefällen abweichend von den Grundsätzen Nachhilfe zu bewilligen. Soweit als Haushaltsmittel vorhanden sind und besondere Gründe vorliegen (z. B. Förderbedarf), können z. B. auch Grundschüler aus Garantiefondsmitteln gefördert werden. Bei Fragen hierzu und für Anträge auf Fördermittel für diese Nachhilfestunden stehen die Bewilligungsbehörden – Sozial- oder Jugendämter der Kreise und kreisfreien Städte – zur Verfügung.

## **Praxisbeispiel:**

### **Förderkonzept für alle Preetzer Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache – Preetzer Modell (Pilotprojekt)**

Die Preetzer Schulen

- Friedrich-Schiller-Gymnasium
- Theodor-Heuß-Realschule
- Hermann-Ehlers-Schule (Grundschule)
- Pestalozzischule (Förderzentrum)
- Friedrich-Ebert-Schule (Grund- und Hauptschule)
- Wilhelminenschule (Grund- und Hauptschule)

sind sich einig, dass

- die Beherrschung der deutschen Sprache die wichtigste Voraussetzung für Integration darstellt;
- kein Unterschied nach Herkunftsland gemacht werden darf, wenn Integration ernst genommen wird;
- alle Preetzer Schulen dieses Problem gemeinsam so gut wie möglich – nicht schulartgebunden, sondern adressatengerecht – lösen wollen.

Das Modell gliedert sich im Wesentlichen in 2 Stufen:

#### **Stufe 1** (gilt für Schülerinnen und Schüler ohne Deutschkenntnisse)

Diese Schülerinnen und Schüler sollen etwa 20 Schulwochen lang täglich 4 Stunden Deutschunterricht im Rahmen des Vormittagsunterrichts erhalten. Die Teilnehmerzahl muss individuell nach pädagogischen Gesichtspunkten festgelegt werden. Hier greifen die jahrelangen Erfahrungen mit Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Muttersprache unterschiedlichster Herkunft.

Es folgt der fließende, von der persönlichen Leistungsfähigkeit abhängige Übergang in Stufe 2.

#### **Stufe 2**

Hier erfolgt die weitere sprachliche Förderung je nach Leistungsstand und Anforderungsprofil der entsprechenden Schularten. Die Gruppengröße muss auch hier individuell nach pädagogischen Gesichtspunkten festgelegt werden, sie ist ständigen

Veränderungen unterworfen und kann auch Einzelunterricht erforderlich machen. Der Unterricht erfolgt im unmittelbaren Anschluss an den Schulstundenplan oder am Nachmittag. Es wird 1 Stunde pro Unterrichtstag für erforderlich gehalten.

Die Beschulung der Schülerinnen und Schüler soll entsprechend ihrem Begabungspotential in der für sie geeigneten Schulart stattfinden.

Die Sprachförderung soll zentral im Rahmen der entsprechenden Sprachniveau-Gruppen durchgeführt werden.

Wir wollen unser Konzept realisieren durch:

- **Lehrerstunden**, die den Grund- und Hauptschulen und dem Förderzentrum je nach Anzahl der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache zusätzlich zu ihrem Stundensoll zur Verfügung gestellt werden; (Realschule und Gymnasium setzen hier je 2 Stunden für individuelle schulinterne Förderung ein);
- **Unterrichtsstunden**, die aus Mitteln des Garantiefonds bezahlt werden.
- **Zusätzliche Mittel** des Innenministeriums, die für die Bezahlung zusätzlicher Fachkräfte notwendig sind.

Die äußerst komplizierte Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die für sie zugeschnittene Unterrichtsgruppe erfolgt nach pädagogischen Gesichtspunkten auf der Grundlage der genauen Kenntnisse der Fähigkeiten der einzelnen Schülerinnen und Schüler durch die Kolleginnen und Kollegen der entsprechenden Schulen in Absprache mit den vielschichtigen Erfahrungen der den Unterricht erteilenden Honorarkräfte.

Förderkonzept für alle Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache

- Preetzer Modell -

(Ergänzung auf der Grundlage des Gesprächs vom 18.10.2000)

## **Stufe 1**

z. Z. folgender aktueller Stand:

Schülerinnen und Schüler ohne deutsche Sprachkenntnisse: 12

erforderliche Gruppenzahl: 2

erforderliche tägliche Unterrichtsstunden: bis zu 4

diese Stunden werden zusätzlich zum normalen Regelunterricht erteilt

Dauer der Maßnahme: etwa 20 Wochen

(unterschiedlich je nach Einstiegsalter der Schülerinnen und Schüler, zu beachten ist die erforderliche Einbindung in den normalen Klassenverband, um die nötigen Sozialkontakte zu erhalten)

die Wilhelminenschule als mögliche Zentralstelle deckt 10 Wochenstunden aus ihrem Planstellenbudget ab; es verbleiben

bei täglich bis zu 4 Stunden Unterricht:

10 Stunden x 20 Wochen x 2 Gruppen x 30 DM = 12.000 DM

finanziert im Verhältnis 80 : 20

Innenministerium 9.600 DM

Schulverband Preetz 2.400 DM

## **Stufe 2**

z. Z. folgender aktueller Stand:

zu fördernde Schülerinnen und Schüler: etwa 70

bei allen gilt: Ziel der Maßnahme ist das Erreichen des jeweiligen Klassenziels

im Besonderen: Wechsel von der Grundschule auf eine weiterführende Schule

Übergang aus der Hauptschule in Realschule oder Gymnasium

Erreichen des jeweiligen Schulabschlusses

Es sind mindestens 6 Gruppen erforderlich.

Etwa ein Drittel der Schülerinnen und Schüler hat Anspruch auf Förderung nach den Richtlinien des Garantiefonds.

Finanzbedarf:

bei täglich 1 Stunde Unterricht (außerhalb des Regelunterrichts):

5 Wochenstunden x 40 Wochen x 6 Gruppen x 30 DM = 36.000 DM

Garantiefondsmittel: 12.000 DM

Innenministerium: 19.200 DM

Schulverband: 4.800 DM

### **Stufe 3**

In der die gesamte Maßnahme abrundenden dritten Stufe erfolgt die vollständige soziale Integration im Regelunterricht.

Hier werden die verbleibenden Förderstunden der Schule im Klassenverband in den entsprechenden Klassen erteilt.

#### **Ansprechpartner:**

Peter Ossendorf

Schulleiter der Wilhelminenschule

Grund- und Hauptschule

Hufenweg 5

24211 Preetz

Tel. 04342/30 32 70

## Bereich Freizeit

Der Freizeitbereich stellt für die Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen einen zentralen Bereich dar. Viele Kinder und Jugendliche sind nachmittags unbetreut und unversorgt. Auf der anderen Seite nimmt der Freizeitbereich einen großen Teil des Tages ein. Angebote in diesem Bereich können daher wesentlich dazu beitragen, dissoziales Verhalten zu vermeiden und Integration zu fördern.

Den mit Abstand größten Bereich innerhalb des Freizeitbereiches nimmt der Sport ein. Es hat sich bewährt, Kinder und Jugendliche über Sportvereine zu integrieren. *Allerdings zeigte sich dabei, dass es wesentlich ist, die Trainer hier gezielt anzusprechen* und ihre Hilfe bei der Integration in Anspruch zu nehmen. Die Trainer müssen gezielt auf Kinder und Jugendliche zugehen, um die Integration zu befördern. Geschieht dies nicht, so beschränkt sich die Gemeinsamkeit auf die sportliche Veranstaltung im engsten Sinne, anschließende gemeinsame Zusammenkünfte und ähnliches finden dann nicht statt. Hier ist die Unterstützung der Trainer unentbehrlich. Wichtig ist auch, dass Jugendliche kostenlos in Vereinen mitspielen können, da häufig bereits die finanziellen Mittel für die Vereinsbeiträge fehlen. (Näheres dazu im Extrabereich Sport.)

Es gibt zahlreiche Versuche, Freizeitangebote zu organisieren und nutzbar zu machen. Dabei hat sich gezeigt, dass die *Schule* als zwar zentraler Ort, an dem sich alle Kinder und Jugendlichen täglich aufhalten, *aber nicht mehr attraktiv genug ist, um ältere Jugendliche ab 13 - 14 Jahren anzuziehen*. Insofern empfiehlt es sich, als Treffpunkt andere Räumlichkeiten im Wohnbereich der Kinder und Jugendlichen auszuwählen, wie Jugendfreizeitheime, Begegnungsstätten usw.. Hierbei kann auch die Kirche einbezogen werden. Wichtig ist, dass sich die *Treffpunkte in der Nähe der Wohngebiete* befinden. Häufig reicht es auch bereits aus, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, die die Kinder und Jugendlichen nutzen können. Dies kann bereits eine sinnvolle Unterstützung von Aktivitäten sein, ohne dass immer ein aufwendiges Projekt initiiert werden muss.

Die Angebote sollten niederschwellig sein und bedarfsorientiert. Dabei hat sich gezeigt, dass *Kinder feste Angebote bevorzugen, Jugendliche jedoch nicht*. Insbesondere sollten die Angebote für Jugendliche unter Einbeziehung der *Betreuten* und

nach Bedarf gemacht werden. Hier kommt es darauf an, *Ideen von Jugendlichen selber zu fördern*, die aus der unmittelbaren Kommunikation mit den Jugendlichen erwachsen. Dabei können Gemeinsamkeiten zwischen ausländischen und deutschen Jugendlichen gefördert werden über konkrete Tätigkeiten und Aktivitäten, wie z. B. Werken, Fahrradwerkstatt, Fahrradverleih usw.

**Ansprechpartner:**

Herr Demirci

Jugendfreizeitheim Burgtor

Große Burgstrasse 2

23552 Lübeck

Tel.: 0451-122-5248 oder 122-5146).

Die Angebote sollten nicht verpflichtend sein, da dies von vornherein abschreckend wirkt. Spielangebote können umfassen: Billard, Ausflüge, Kanufahrten, Abenteuer-spielplatz, Brakedance, Streetball usw.. Wünschenswert ist hier eine *Vernetzung aller beteiligten Institutionen und Aktiven in einem Wohnbereich*. Beispielhaft wurde dies in Lübeck-Moisling durchgeführt, wo die Schulen zusammenarbeiten mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes, der Kirche, der Polizei, der Kindertagesstätte, dem Jugendfreizeitheim sowie Vereinen und Initiativgruppen. Über einen runden Tisch wurde hier eine Kooperation und **Vernetzung im Stadtteil** erreicht.

**Ansprechpartner:**

Koordinationsbüro Stadtteil und Schule

Brüder-Grimm-Ring 6-8

23560 Lübeck

Tel: 0451/802038).

Erfahrungen mit einem besonderen Freizeitprojekt wurden auch im Bereich Plön gemacht, wo sich zeigte, dass die Schranken zwischen Deutschen, Aussiedlern und Ausländern schnell wegfielen, als eine gemeinsame Freizeitfahrt von 8 bis 10 Tagen stattfand. Bei dieser Freizeitfahrt waren Deutsche, Aussiedler und ausländische Kinder und Jugendliche zu jeweils einem Drittel vertreten

**Ansprechpartner:**

COME TOGETHER, Tel. 0431/94981).

Auf dem Lande hat sich gezeigt, dass die *mangelhafte Verkehrsinfrastruktur häufig Kontakte zwischen Kindern und Jugendlichen erschwert* oder verhindert, zumal diesen Kindern und Jugendlichen häufig Fahrräder fehlen. Unter diesem Aspekt ist in Betracht zu ziehen, Kindern und Jugendlichen Fahrräder aus Langzeitarbeitslosenprojekten zur Verfügung zu stellen, um hier die Kontaktmöglichkeiten zu verbessern.

## **Praxisbeispiel:**

### **Come Together – Bündnis für Fremdenfreundlichkeit e. V., Plön**

#### **Konzeption der multikulturellen Ferienfreizeit**

Das Bündnis für Fremdenfreundlichkeit COME TOGETHER e.V. hat 1993 in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeauftragten des Kreises Plön die erste multikulturelle Ferienfreizeit konzeptioniert, geplant und durchgeführt.

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeiten des Bündnisses ist stets die Integration von Asylsuchenden, Flüchtlingen, Ausländern und Aussiedlern gewesen. Dieses Ziel kann nach Ansicht der MitgliederInnen von COME TOGETHER durch das Zusammenbringen von Menschen erreicht werden. Dieses Ziel realisierte das Bündnis u. a. in der Vergangenheit durch Begegnungsfeste und interkulturelle Wochen.

Bei der Idee, eine multikulturelle Ferienfreizeit durchzuführen, stand der Gedanke im Vordergrund, dass Kinder und Jugendliche von ideellen und ideologischen Einstellungen und Vorurteilen unbelasteter als Erwachsene sind. Meinungen und Ansichten haben sich noch nicht so zementiert.

Daher setzte sich COME TOGETHER zum Ziel, Kinder von Ausländern, Aussiedlern und deutschen Staatsangehörigen in einem „netten“ Umfeld im Rahmen einer Freizeit zusammenzubringen. Durch sozialpädagogische Begleitung sollten die Kinder sich kennen lernen, einen Austausch der Kulturen vorantreiben und Verständnis und Toleranz für das vermeintlich Fremde entwickeln. Die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen sollten lernen, nicht das Fremde, sondern das Gemeinsame zu sehen. Integration wird durch Kennen lernen erreicht.

Die multikulturelle Ferienfreizeit als Modellprojekt sollte nach dem Willen der Initiatoren gleichzeitig auch für andere Interessierte nachahmungsfähig sein. Daher wurde schon bei der Konzeptentwicklung darauf geachtet, dass die Freizeit ohne großen Aufwand und ohne extreme finanzielle Belastungen realisiert werden konnte. Das Prinzip der Finanzierbarkeit stand in Zeiten knapper werdender öffentlicher Gelder im Mittelpunkt der konzeptionellen Planungen.

Schon im ersten Jahr fand die „Multikulturelle Ferienfreizeit“ ein großes Medieninteresse. Die Freizeit fand auf Amrum statt, und die teilnehmenden Kinder waren begeistert. Durch anschließende Treffen der mitgereisten Kinder und deren Eltern wurde versucht, entstandene Kontakte zu verfestigen und auszubauen, um Integration

aktiv weiter zu betreiben. Aufgrund des Erfolges ist die multikulturelle Ferienfreizeit im Kreis Plön seitdem jedes Jahr wiederholt worden.

**Ansprechpartner:**

Thomas Piepgras

Asylbewerberbetreuung des Kreises Plön

Hamburger Straße

24306 Plön

Tel. 04522/743-457

Weitere Beispiele für Projekte können erfragt werden beim

„Netzwerk Integration“, Feldstraße 120, 24105 Kiel, Tel. 0431/8 90 77, Fax: 0431/8 90 79,  
e-mail: [AKJS.SH@t-online.de](mailto:AKJS.SH@t-online.de), Internet: <http://www.schleswig-holstein.jugendschutz.de/>

## **Bereich Sport**

Wie bereits erwähnt, hat sich als zentraler Bereich zur Integration im Bereich der Freizeitaktivitäten der Bereich Sport erwiesen. Hier gibt es breite Möglichkeiten zur Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen.

Die Aktivitäten der TrainerInnen haben sich dabei als sehr wichtig erwiesen, die gemeinsame sportliche Aktivität als solche reicht zur Integration nach aller Erfahrung nicht aus.

Als wesentliche Voraussetzung, um am Vereinssport teilnehmen zu können, sind die finanziellen Mittel für die Vereinsbeiträge zu nennen. Hier sollten bedürftige Familien Beitragsfreiheit erhalten oder zumindest reduzierte Beiträge zahlen, die erkennen lassen, dass der Sportverein den Familien mit geringen Einkünften entgegenkommt.

Ein Teil der Jugendlichen lehnt Vereinsstrukturen jedoch ab und will sich nicht fest binden. Hier sind sportliche Angebote nach Bedarf und ohne Verpflichtungen das Angebot der Wahl.

Als sehr erfolgreich haben sich hier insbesondere die sogenannten *Mitternachts-Streetballturniere* erwiesen, die durch engagierte Initiatoren zustande gekommen sind. Der Erfolg dieser Aktivitäten legt nahe, solche Mitternachtsturniere an Wochenenden auch an weiteren Orten und mit einer gewissen Regelmäßigkeit durchzuführen. Ausgangssituation ist, dass vielen Jugendlichen das Geld dafür fehlt, eine Disco zu besuchen, sie gleichzeitig aber das Bedürfnis haben, sich mit Gleichaltrigen zu treffen. Hierfür bleibt im Zweifelsfalle nur die Straße. Um dies zu vermeiden, haben sich Streetballturniere bewährt: Dabei wird neben dem eigentlichen Sport auch einschlägige Musik und Möglichkeiten zum Tanzen und zur Kommunikation angeboten (siehe dazu Detaildarstellung des Landessportverbandes Schleswig-Holstein). Im Rahmen des Projektes „Sport gegen Gewalt“ (siehe Anlage) gibt es bereits zahlreiche Ansätze landesweit. Voraussetzung für das Gelingen ist einerseits das Ausklammern von Politik, um so beispielsweise ethnische Konflikte von vornherein zu vermeiden.

*Das gemeinsame Anliegen ist der Sport, andere Themen werden ausgeklammert.* Dadurch gibt es bei den Jugendlichen keine Ausgrenzungen. Die Regeln, unter denen man zusammenkommt, sind für alle klar und werden von allen akzeptiert. Obwohl der Andrang mit mehreren hundert Jugendlichen als recht groß zu betrachten

ist, kam es bisher zu keinerlei Gewalttätigkeiten. Die Aufsicht wurde jeweils durch die Veranstalter wahrgenommen, da es sich um eine geschlossene Veranstaltung handelte. Es war jedoch auch Polizei vor Ort, die mitspielte. *Die Veranstaltungen liefen in Kiel, mit einer Ausnahme, friedlich ab und sind von daher in ihrer Struktur und Organisationsform (Stichwort: Vernetzung und Zusammenarbeit) zu empfehlen.*

Aus den sportlichen Aktivitäten heraus können sich *weitere integrative Freizeitaktivitäten* ergeben, wie z. B. Gruppenfahrten, Vereinsfahrten zu Sportturnieren, gemeinsames Grillen, usw.. Zusätzlich haben die ausländischen Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit, sich über den Bereich Sport auch zu profilieren und ihre Akzeptanz und ihr Selbstwertgefühl zu erhöhen.

Die Erfahrung zeigt, dass *eine Veranstaltung Mitternachtsstreetball ca. DM 1.500,- kostet*. Wesentlich ist die Bereitschaft der Sportämter und Schulämter, die Hallen für diese Zeit zu öffnen; außerdem werden Aufsichtskräfte benötigt.

Wenn auch diese Angebote für Mädchen wesentlich geringer sind als die für Jungen, so gibt es dennoch auch hierfür Beispiele. Im Kreis Plön werden seit einiger Zeit Mädchenfußballturniere durchgeführt, die sich auch an ausländische Mädchen wenden.

Veranstalter dieser Turniere ist die seit 3 Jahren bestehende Arbeitsgemeinschaft für Mädchenarbeit, zusammengesetzt von Fachfrauen des Kreisjugendringes Plön e. V., des Mädchentreffs Trine e.V., der Jugendpflege Preetz und der SOS Beratungs- und Familienstelle Lütjenburg.

Von 14-19 Uhr stand den 6 Mädchenteams im Alter zwischen 12 und 16 Jahren eine Mehrzwecksporthalle zur Verfügung.

Aufgrund des Erfolges der letzten Jahre wird die Arbeitsgemeinschaft auch in Zukunft Mädchenfußballturniere veranstalten. Ziel ist es, in erster Linie Mädchen zu gewinnen, die aufgrund schlechter Sportererfahrungen Rahmenbedingungen bekommen, in denen sie sich wohlfühlen, um jenseits von männlicher Dominanz eigene sportliche Erfolgserlebnisse feiern zu können.

Außerdem richtet sich das Turnier an Mädchen die (noch) nicht im Verein organisiert sind, durchaus aber durch solche regelmäßigen „Schnupper-Angebote“ Lust und Spaß bekommen können, den Sportvereinen offen gegenüberzustehen.

**Ansprechpartnerin:**

Marion Ebert

Kreis Jugendring Plön e.V.;

Tel.: 04522/50 93 70).

Neben diesen organisierten Aktivitäten ist auch ein verstärktes Angebot an Freizeitsportanlagen, wie *Streetballanlagen, Skaterbahnen usw., vor allem auch in sozialen Brennpunkten, sinnvoll*, um den Kindern und Jugendlichen Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten, die kostenfrei sind und bei jedem Wetter zu jeder Zeit genutzt werden können.

Sehr wichtig ist dabei, dass Rücksichtnahme in den Abend- und Nachtstunden gewährleistet wird.

Dies ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt wichtig, dass viele Kinder und Jugendliche zu wenig sinnvolle Freizeitbeschäftigungen haben und nicht wissen, wo sie sonst hingehen könnten, zumal die Jugendzentren an den Wochenenden in der Regel geschlossen sind.

Über die sportlichen Aktivitäten ist es auch möglich, Kontakte allgemeinerer Art zur Zielgruppe zu erlangen und auch im zweiten Schritt Kontakte zu den Eltern aufzunehmen, um hier Möglichkeiten für Elternarbeit zu schaffen.

**Ansprechpartner:**

Klaus Michael Pötzke

Landessportverband

„Sport gegen Gewalt, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit“

Winterbeker Weg 49

24114 Kiel

Tel. 0431/6486137

Ulrike König

Tel.: 0431/82902

Weitere Beispiele für Projekte können erfragt werden beim

„Netzwerk Integration“, Feldstraße 120, 24105 Kiel, Tel. 0431/8 90 77, Fax: 0431/8 90 79,  
e-mail: [AKJS.SH@t-online.de](mailto:AKJS.SH@t-online.de), Internet: <http://www.schleswig-holstein.jugendschutz.de/>

## **Praxisbeispiel:**

### **Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit**

**Ein Projekt des Landessportverbandes Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit der Sportjugend und der Landesregierung Schleswig-Holstein in Partnerschaft mit dem LEG Unternehmensverbund**

Orientierungslosigkeit, egoistisches Denken und Handeln, zunehmende Gewaltbereitschaft bei jungen Menschen – ja sogar Wiederaufkeimen nationalsozialistischen Gedankenguts und Handelns - sind der aktuelle politische Hintergrund, auf dem das Projekt seine Ideen und Handlungsansätze aufbauen.

Wir wollen in diesem Projekt mit Hilfe des Sports erreichen, dass Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden zusätzliche, sinnvolle Freizeitangebote gemacht werden, die ihnen auf sportliche Weise Spaß und Wertvorstellungen vermitteln.

Dabei fahren wir sowohl den präventiven Ansatz der Gewaltbekämpfung als auch den praktischen, direkten Interventionsansatz vor Ort in den sozialen Brennpunkten – mit möglichst vielen, engagierten Verantwortlichen von Institutionen und Verbänden.

#### **Kooperationspartner sind:**

- Kreissportverbände mit ca. 2.600 Vereinen von Flensburg bis Pinneberg,
- von Heide bis Lübeck.
- 50 Fachverbände und 7 Anschlussverbände
- Kreissportjugenden und Jugendorganisationen der Fachverbände
- Kreis- und Ortsjugendringe
- Schulen
- LAG der freien Wohlfahrtsverbände und ihre Mitgliedsorganisationen
- Jugendämter und ihre Außenstellen
- Kirchen
- Gewerkschaften
- Friedenswerkstätten und –initiativen
- Polizei
- Streetworker

– Kreise/Städte/Gemeinden mit „Kriminalpräventiven Räten“

Geplant und bereits eingerichtet in etlichen Kreisen und Städten sind örtliche Arbeitskreise „**Runde Tische gegen Gewalt**“, wo interessierte und kompetente VertreterInnen oben beschriebener Institutionen zusammenkommen und zum Thema „Gewaltprävention“ durch Sport arbeiten.

**Ansprechpartner:**

Klaus Michael Pötzke

Landessportverband, „Sport gegen Gewalt,

Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit“

Winterbeker Weg 49

24114 Kiel,

Tel. 0431/6486137,

Ulrike König

Tel.: 0431/82902

## **Praxisbeispiel:**

### **Das Projekt Integration durch Sport**

#### **Projekt des Landessportverbandes**

Aus Anlass rechtsradikaler Übergriffe auf Aussiedler und Ausländer soll das Projekt Sport mit Aussiedlern um die Zielsetzung Sport gegen Gewalt erweitert werden. Aus diesem Grunde sollen zum einen verstärkt Ausländer in das Projekt miteinbezogen werden, da Sport eine besondere integrative Funktion hat – Sport verbindet. Zum anderen soll die Zielgruppe auch um benachteiligte deutsche Jugendliche erweitert werden, denn hier kommt die präventive Funktion von Sport in Bezug auf Gewalt und Kriminalität zum Tragen. Das Projekt bezieht sich nun auf jugendliche Aussiedler, junge Ausländer und benachteiligte deutsche Jugendliche, die häufig in sozialen Brennpunkten miteinander leben.

#### **Ansprechpartner:**

Karsten Lübbe

LSV-Landessportverband

Winterbeker Weg 49

24114 Kiel

Tel.: 0431-6486107

Unter den geförderten Modellen ist auch das Projekt „Sport mit Aussiedlern“, das der Landessportverband (LSV) betreibt und zu dem die Arbeit des Boxrings im TSV Plön gehört. Zu dessen Training und Freizeitprogrammen treffen sich regelmäßig 45 Aussiedler und in Deutschland geborene Jugendliche.

## **Bereich Mädchenarbeit**

Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass Mädchen in allen hier aufgeführten Bereichen beteiligt werden. Da dies jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht in ausreichendem Maße erfolgt, halten wir es für erforderlich, diesen Bereich separat abzuhandeln als Querschnitt durch die anderen Bereiche.

Auch im Bereich Migration kommt mädchenspezifischen Ansätzen ein hoher Stellenwert zu.

Dafür gibt es vielfältige kulturelle Begründungen: Mädchen ausländischer Herkunft werden häufig in die Hausarbeit und Kinderbetreuung eingebunden. Sie sind durch Erziehungsvorstellungen enger an ihr Elternhaus gebunden als beispielsweise die Jungen. Dies kann sich in Mangel an Zeit für Hausaufgaben, weniger Interesse an Berufsausbildung seitens der Eltern oder auch in unterschiedlichen Werten, Normen und Verboten äußern.

Oft sind es auch kulturell bedingte oder zugeschriebene Unterschiede, die im Schulalltag oder bei Begegnungen Irritationen auslösen oder Probleme bereiten. Es bedarf bestimmter – nämlich auch geschlechtsspezifischer – Kultur- und migrationsspezifischer Kenntnisse, um den migrierten Mädchen gerecht zu werden. Die Einbeziehung der Eltern ist hierbei ein sehr wichtiger Aspekt.

Einen speziellen Bereich der Freizeit stellen die Angebote für Mädchen dar. Insbesondere die Mädchenarbeit in festen Mädchenräumen und –Treffs nimmt in diesem Zusammenhang großen Raum ein, da sie von Eltern akzeptiert werden.

Einen speziellen Bereich der Freizeit stellen die Angebote für Mädchen dar. Eine Voraussetzung für die Wahrnehmung von Angeboten ist, dass es sich um ausgewiesene Räume für *Mädchen* handelt, die auch die ausländischen Eltern die Angebote akzeptieren lassen. Erfahrungen in Kieler Mädchentreffs zeigen, dass sich zunächst die Probleme der ausländischen Mädchen nicht wesentlich von denen der deutschen Mädchen unterscheiden.

Grundsätzlich finden allerdings ausländische Mädchen oft schwerer einen Ausbildungsplatz, obwohl andererseits ihre Mehrsprachigkeit sich hier förderlich auswirken kann.

Die Freizeitangebote in Form verschiedener Arbeitsgruppen, die Beratung, die Begleitung bei Problemen usw. werden von deutschen und ausländischen Mädchen

gleichermaßen wahrgenommen. Insgesamt finden sich in den Mädchentreffs *unterprivilegierte Mädchen*, häufig Förderschülerinnen, die *in eine Jugendkultur nicht integriert* sind. In den Mädchentreffs wird ihnen Raum gegeben, ihre Freizeit zu gestalten, und auch die Alltagsversorgung (Essen und Trinken) wird hier angeboten. Es handelt sich um eine Betreuungsmöglichkeit für tagsüber, wenn die Eltern berufstätig sind.

Von den Mitarbeiterinnen wird die Erfahrung berichtet, dass *nicht ein bestimmter kultureller Hintergrund die Integration verhindert, sondern die Migrationserfahrung als solche* und damit häufig verbundene *Erfahrung mit Diskriminierung*. Hier finden sich Gemeinsamkeiten bei vielen der betreuten Mädchen.

Auffällig sei, dass sich der *Anteil ausländischer Mädchen immer dann erhöhe* in den Mädchentreffs, *wenn Mitarbeiterinnen aus den jeweiligen Herkunftsländern mitarbeiten*. Hier ist ein ähnlicher Effekt zu erkennen, wie er auch für Kindergärten und Schulen postuliert wird. Als wesentlich erachtet wird ebenfalls muttersprachlicher Unterricht für die Mädchen, aber auch der allgemeine Förderunterricht sowie die Schularbeitenhilfe wird von einem hohen Anteil ausländischer Mädchen in Anspruch genommen.

In den Mädchentreffs finden die Mädchen die Möglichkeit vor, sich auszutauschen über Probleme aller Art, speziell aber auch über Probleme im Zusammenhang mit der Migration. Insofern steht im Vordergrund der Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes „Raum“ zu schaffen für Mädchen.

**Ansprechpartner:**

Mädchentreff Mona Lisa

Fritz-Reuter-Str. 87

24159 Kiel

Tel.: 0431/396634.

Weitere Beispiele für Projekte können erfragt werden beim

„Netzwerk Integration“, Feldstraße 120, 24105 Kiel, Tel. 0431/8 90 77, Fax: 0431/8 90 79,  
e-mail: [AKJS.SH@t-online.de](mailto:AKJS.SH@t-online.de), Internet: <http://www.schleswig-holstein.jugendschutz.de/>

## Bereich Ausbildung, Beruf, Arbeit

Zum Bereich Ausbildung und Beruf gibt es zahlreiche Integrationshilfen: von der Beratung, Vermittlung über Bewerbungstraining, Schnupperkurse, bis zu ausbildungsbegleitenden Hilfen usw..

Insbesondere bei den *Aussiedlern* wurde die Erfahrung gemacht, dass sich die Situation hinsichtlich der *Motivation ausgesprochen schwierig* gestaltet. *Viele Jugendliche wollten eigentlich gar nicht nach Deutschland* kommen und sind nur aufgrund familiären Drucks mit übersiedelt. *Sie hatten in ihrem Herkunftsland die Schule besucht und eine Lebensperspektive, was jetzt nicht mehr der Fall ist.* Ihnen fehlen in aller Regel *Sprachkenntnisse und häufig auch die Motivation, überhaupt zu arbeiten.* Hinzu kommt die *Unkenntnis über das deutsche Ausbildungssystem, falsche Vorstellungen über die Verhältnisse bei uns* und ein überzogenes Männlichkeitsbild.

Als hilfreich für die Integration hat sich erwiesen, zunächst eine gründliche Information über das deutsche Ausbildungssystem zu vermitteln. Als *wesentlich* hat sich erwiesen, dass *nach einem Sprachkurs, der die Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer Arbeit bietet, sich möglichst gleich eine Arbeit anschließt*, so dass die Kette der Betreuung nicht unterbrochen wird. Dadurch können die erlernten Sprachkenntnisse erhalten werden. Schließt sich an den Sprachkurs nicht sogleich eine Arbeit an, wird die Umgangssprache wieder russisch, und die Sprachkenntnisse gehen schnell wieder verloren. Es schließen sich dann häufig Probleme wie Alkohol und auch familiäre und soziale Spannungen an.

Die Erfahrung in Projekten mit Aussiedler-Jugendlichen zeigt außerdem, dass diese Jugendlichen mit einer qualifizierten Ausbildung oft zunächst überfordert sind, hier fällt es ihnen vor allen Dingen auch schwer, dem Berufsschulunterricht zu folgen. Es ist oft günstiger, *zunächst einmal eine Helferausbildung und die Erweiterung der Sprachkenntnisse anzustreben.* Später kann dann die externe Prüfung über Betriebe abgelegt werden. Als hilfreich bei der sozialen Integration hat sich auch die *Vernetzung verschiedener Beratungsstellen* erwiesen.

Einen speziellen Ansatz der Integration verfolgt die türkische Gemeinde in Kiel unter dem Schlagwort „Migranten schaffen Lehrstellen“. *Ausländische Betriebe* sollen mo-

tiviert und *unterstützt werden bei der Einrichtung von Lehrstellen*. Die Erfahrung zeigt, dass von den zahlreichen ausländischen Betrieben in Deutschland nur ein geringer Teil auch ausbildet. Dies wird vor allen Dingen darauf zurückgeführt, dass zu wenig Information über das Ausbildungssystem vorhanden ist, auch Scheu vor den erforderlichen bürokratischen Maßnahmen und Probleme mit der deutschen Sprache. Die türkische Gemeinde gibt *Hilfestellung bei der Abwicklung der notwendigen Formalitäten* und beispielsweise auch beim *Erwerb eines Ausbildereignungsscheines*.

Hier wird sowohl organisatorisch als auch finanziell unterstützt, z. B. bei *Vertragsabschlüssen*, bei *Verhandlungen mit Behörden* usw..

Um die Arbeit noch weiter zu verbessern, wäre es wichtig, Informationen über die vorhandenen Projekte an die Schulen zu geben. Die Erfahrung zeigt, dass Schulen bisher nicht ausreichend informiert sind bzw. Informationsmaterial an den Schulen nicht an die richtigen Adressaten gelangt, sondern z. B. bei der Schulleitung liegen bleibt. Hier haben sich persönliche Kontakte zu einzelnen Lehrkräften als effektiver erwiesen. Außerdem wurde festgestellt, dass den Jugendlichen oft die Beratung für ihre berufliche Laufbahn fehlt. Sie lassen sich leicht abweisen, fragen nicht genug nach oder stellen nicht die richtigen Fragen und brauchen hier unbedingt Unterstützung, um eine angemessene Beratung und Auskunft zu erhalten.

Eine Reihe von Lehrstellen konnten auf diesem Wege bereits geschaffen werden, die sowohl an ausländische Jugendliche wie auch an deutsche Jugendliche vergeben wurden.

Weitere Beispiele für Projekte können erfragt werden beim

**„Netzwerk Integration“**, Feldstraße 120, 24105 Kiel, Tel. 0431/8 90 77, Fax: 0431/8 90 79,  
e-mail: [AKJS.SH@t-online.de](mailto:AKJS.SH@t-online.de), Internet: <http://www.schleswig-holstein.jugendschutz.de/>

## **Praxisbeispiel:**

### **Beruf und Arbeit für MigrantInnen**

Die Ausbildungszahlen migrierter Jugendlicher rangieren nach wie vor unter denen der gleichaltrigen deutschen Jugendlichen. Grund hierfür sind große Zugangsschwierigkeiten in das berufliche Bildungssystem und schlechtere schulische Voraussetzungen. Mädchen aller Nationalitäten haben durchweg bessere Abschlüsse als die Jungen; ihre Motivation einen Beruf zu finden, ist hoch einzuschätzen. Allerdings führen Ablehnung und Misserfolge, unzureichende Informationen über die Ausbildungsmöglichkeiten zu einer Resignation. Hier ist eine Hilfestellung und eine Unterstützung hilfreich und erforderlich.

Das Berufsspektrum nichtdeutscher Jugendlicher ist enger als das gleichaltriger Deutscher. Viele von ihnen lernen Berufe, die auf dem Arbeitsmarkt nicht viel gelten bzw. perspektivisch an Bedeutung verlieren. Überdies sind sie vielfach in niedrig bezahlten Tätigkeiten zu finden.

Eine Rolle spielt bei der Berufswahl auch eine doppelte Verwertbarkeit und das Ansehen des Berufes im Heimatland. Unsichere Zukunftsplanung bestimmt durch Rückkehrabsichten, Aufenthaltsstatus und dem Gefühl, abgelehnt zu werden, erschweren die Situation.

## **Praxisbeispiel:**

### **Das Projekt Beruf und MigrantInnen der AWO**

Das Projekt Beruf und MigrantInnen der AWO hilft SpätaussiedlerInnen und anderen MigrantInnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Es bietet umfassende in mehreren Sprachen vorgehaltene Beratung, Information und Unterstützung zu vielen Fragen der Ausbildungs- und Berufssituation. Konkrete Angebote für die MigrantInnen wie Bewerbungstraining, Förderung des Spracherwerbs und Mediation bei auftretenden Problemen am Arbeitsplatz sind Teil des Angebotes.

Auch die ArbeitgeberInnen sind durch begleitende Beratung, interkulturelle Fachberatung und Vermittlung im Konfliktfall in das Konzept miteinbezogen.

### **Kontakt:**

Arbeiterwohlfahrt  
Beruf und Arbeit für Migrantinnen  
Sozialdienst für Migrantinnen  
Dahlmannstr. 7  
24103 Kiel  
Tel. 5576906

## **Praxisbeispiel:**

### **Das Pilotprojekt der Türkischen Gemeinde**

#### **Beratungsstelle zur Berufsorientierung für türkische Jugendliche**

Das Pilotprojekt der Türkischen Gemeinde will Jugendlichen bei der Berufs- und Ausbildungsplatzfindung helfen.

Ihr Ziel besteht darin, türkische Jugendliche und ihre Eltern anzusprechen und sie zu motivieren, sich mit Berufen zu beschäftigen, die ihnen bis dahin unbekannt waren oder indiskutabel erschienen.

Der Zugang zu dieser Beratungsstelle ist für Eltern und Jugendliche weitaus einfacher als der zum Arbeitsamt. Bei der Beratung und Information sind sprachliche und kulturelle Kenntnisse und die darauf basierende Verständigung sehr wichtig. So können die Berater die Lebenssituation und daraus folgende Entscheidungskriterien, Vorstellungen oder auch Vorbehalte der Jugendlichen und Eltern besser einschätzen, nachvollziehen und gegebenenfalls Ängste oder Vorbehalte abbauen. Die Eltern, die bei der Berufswahl ihrer Kinder großen Einfluss haben, können sich in diesem Rahmen informieren und sicherlich offener über ihre Vorstellungen sprechen, in dem Maße, wie sie sich angenommen und verstanden fühlen.

Seitens der Beratungsstelle wird eine Zusammenarbeit mit Schule, Betrieben und Vereinen angestrebt, einerseits um die Berufsorientierung effektiver zu gestalten und andererseits auch, um aufzuklären und türkischen Jugendlichen Ausbildungsplätze zu vermitteln.

#### **Kontakt:**

Türkische Gemeinde

Beratungsstelle zur Berufsorientierung für türkische Jugendliche

Dahlmannstr. 5

24103 Kiel

Tel. 0431 / 5 57 82 50

## **Praxisbeispiel:**

### **Das Ausbildungsprojekt der Türkischen Gemeinde**

#### **Migranten schaffen Lehrstellen**

Mit ihrem Projekt will die Türkische Gemeinde die ca. 600 Migrantenbetriebe in Schleswig -Holstein ansprechen, um zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Grundsätzlich sind sehr viele der Unternehmen bereit, Lehrlinge auszubilden. Fehlende Kenntnisse des dualen Ausbildungssystems, Probleme mit der deutschen (Behörden) Sprache und Angst vor bürokratischen Hürden sind als Hauptursachen für den geringen Ausbildungsanteil der Migrantenunternehmen zu nennen.

Dem will die Türkische Gemeinde in Zusammenarbeit mit der Kammer durch Ansprache der Betriebe, gezielte Aufklärung und Information sowie Begleitung bei der Ausbildereignungsprüfung Abhilfe schaffen.

#### **Kontakt und Information:**

Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein e.V.

Diedrichstr. 2

24143 Kiel

Tel. 0431 76114

## **Bereich Familie**

Bei der Unterstützung von Familien mit Migrationshintergrund bei familiären Problemen gibt es widersprüchliche Erfahrungen. Zum Teil wurde festgestellt, dass sich die angewandten Methoden, die Art der Arbeit, aber auch die Problemstellungen nicht von denjenigen bei deutschen Familien unterscheiden und insofern das gesamte Spektrum beraterischer und therapeutischer Ansätze hier ebenso zum Tragen kommt. Auf der anderen Seite gibt es Erfahrungen, dass doch spezifische Probleme auftreten und spezielle Aspekte in der Arbeit hier zu berücksichtigen sind. Dabei ist allerdings zu sehen, dass sich die nachfolgend geschilderten Erfahrungen überwiegend auf die Arbeit mit türkischen Familien beziehen. Inwieweit Rückschlüsse auch auf Familien anderer Kulturen oder kulturellen Hintergründe zulässig sind, muss dabei offen bleiben.

In die Beratung kommen hauptsächlich Eltern von älteren Kindern. Dabei spielen bei Jungen ab 12 Jahren Schulprobleme eine Rolle, die Eltern suchen dann auf Empfehlung der Schule die Beratung auf. Ein weiterer Themenbereich ist auch die Schulartwahl. Wegen ihrer mangelnden Sprachkenntnisse fühlen sich viele Eltern von Entscheidungen (z. B. einer Versetzung an eine Förderschule) überrollt und bitten um Hilfe. Bei den Mädchen handelt es sich hauptsächlich um Probleme, die ab einem Alter von etwa 16 Jahren auftreten im Hinblick auf Ausgehen, Discobesuche u. ä. Türkische Eltern in Deutschland gehen dabei mit ihren Töchtern strenger um, als türkische Eltern in der Türkei. Die Maßstäbe der türkischen Eltern in Deutschland stimmen oft nicht mit den Maßstäben der türkischen Eltern in der Türkei überein. Das Leben in der geschlossenen türkischen Gesellschaft hier in Deutschland führt dazu, dass die Normen nicht den heutigen Normen in der Türkei angepasst werden. Vielmehr spielt das türkische Umfeld hier in Deutschland eine entscheidende Rolle, übernimmt eine Vorbildfunktion bzw. nehmen auch die Kulturvereine auf das Erziehungsverhalten starken Einfluss. Die Beratung der Familien orientiert sich dann nicht unbedingt an deutschen Normen, sondern auch stark an den Normen der heutigen Türkei. Insofern wird durchaus eine Chance zur Weiterentwicklung für die Eltern darin gesehen, wenn Kinder sich gegen Normen auflehnen. Auf der anderen Seite machen die Kinder häufig die Erfahrung, dass sie es beiden Kulturen nicht recht machen und hier starke Widersprüche erleben.

Hinsichtlich der Thematik spielt bei den türkischen Eltern die zur Beratung kommen, auch das Thema Grenzsetzung eine Rolle, ebenso wie es auch bei deutschen Familien Thema ist. Allerdings werden andere Grenzen gesetzt, als bei deutschen Familien. Bei Aggressivitätsproblemen, insbesondere bei Jungen, spielt meistens die Erziehungseinstellung der Mütter eine Rolle, aber auch das Rollenverständnis innerhalb der Familiengruppen. Eine wichtige Komponente stellt auch der Machtverlust des Vaters dar. Hier zeigt sich ebenfalls eine widersprüchliche Entwicklung. Die Rolle des Vaters ist nicht mehr wirklich dominant, wird aber z. T. noch so dargestellt.

Wenn türkische Eltern zur Beratung kommen, wollen sie zunächst den Hintergrund der Beraterin wissen. Die Erfahrung zeigt, dass türkische Eltern von einer deutschen Erziehungsberaterin von vornherein erwarten, dass diese die kulturellen Hintergründe des Verhaltens und der Familie nicht versteht. Bei einer türkischen Beraterin dagegen wird die Kenntnis der kulturellen Hintergründe und Traditionen vorausgesetzt. Dieses führt, zusammen mit den sprachlichen Voraussetzungen, zu mehr Vertrauen, das von vornherein der Beziehung entgegengebracht wird. Allerdings werden auch hier zunächst die Hintergründe der Beraterin daraufhin geprüft, inwieweit sie mit den Überzeugungen der Eltern überein stimmen, da auch hier graduelle Unterschiede hinsichtlich der Akzeptanz und Realisierung traditioneller Normen gegeben sind.

Kinder werden oft durch den Anspruch der Eltern, insbesondere der Mütter, überfordert. Man droht auch schneller mit Schlägen. Andererseits sind Schläge aber auch als Folge von Diskriminierung und dadurch entstehenden Druck zu betrachten. Ein wesentliches Erziehungsziel türkischer Familien für die Jungen ist es, Fertigkeiten zu entwickeln, um eine Familie ernähren zu können. Hier bietet sich auch ein Ansatzpunkt für die beraterische Arbeit. Wenn der Schulerfolg nicht gewährleistet ist, ist dieses Erziehungsziel potentiell in Frage gestellt. Das heißt, der Junge kann später eine Familie unter Umständen nicht angemessen ernähren, wenn er in der Schule beispielsweise durch Aggressivität und Macho-Verhalten oder andere Verhaltensweisen auffällt. Verhaltensänderungen in diesem Bereich können dann motiviert und gefördert werden, indem die Dysfunktionalität dieses Verhaltens in Hinblick auf das Erziehungsziel, „eine Familie zu ernähren“, herausgearbeitet wird.

Bewährt haben sich Gruppengespräche unter türkischen Frauen, die z. B. als Frauenfrühstück durchgeführt wurden. Diese Gespräche erwiesen sich als wichtig für Veränderungen. Bei dieser Gelegenheit wurden z. B. Fragen der Erziehung von

Mädchen oder das Essen von Schweinefleisch diskutiert. Dabei zeigte sich allerdings, dass die meisten Türkinnen unter sich bleiben wollten. Sobald die Gruppen sich mischten (türkische und deutsche Frauen), blieben die Türkinnen weg. Es empfiehlt sich, zum Aufbau derartiger Gruppen persönliche Kontakte in vorhandenen Strukturen zu nutzen und Interessenten direkt anzusprechen.

Ansprache über Zeitungen, Flugblätter oder ähnliche schriftliche Formen erwiesen sich als nicht erfolgreich. Hinsichtlich der Termine sollte der Vormittag oder Nachmittag gewählt werden, wenn die Kinder versorgt sind. Bei allen Aktionen muss berücksichtigt werden, dass eine wichtige Norm darin besteht, dass nicht schlecht über die Familie geredet werden darf. Insofern wird die Offenheit von vornherein dadurch beschränkt. Wichtig erscheinen Elternabende in türkischer Sprache an Kindergärten als erster Schritt. Das Ziel sollten dann gemischte Elternabende mit Eltern bei der Kulturen sein.

Über die Arbeit mit Gruppen von türkischen Kindern und Jugendlichen, insbesondere in der Pubertät, im Hinblick auf die besonderen entwicklungspsychologischen und kulturellen Themen und Konflikte, liegen keine Erfahrungen vor. Bedeutsam ist jedoch in diesem Zusammenhang, dass die türkischen Kinder und Jugendlichen gegenüber ihren Eltern andere Loyalitätskonflikte als deutsche Kinder und Jugendliche erleben und sich von daher in einer Gruppe eher nicht öffnen würden. Dies ist eher in Einzelgesprächen zu erwarten.

Die Akzeptanz von weiblichen Fachkräften hängt stark von deren Auftreten ab, ist aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Eine wesentliche Erfahrung ist ein genereller Mangel an Erziehungsberatungsangeboten, familientherapeutischen Angeboten und einzeltherapeutischen Angeboten von türkischen Fachkräften. Generell gibt es nicht so viele türkische Fachkräfte, aber die, die es gibt, arbeiten zum großen Teil nicht. Sie werden offenbar nicht eingestellt, weil die Sensibilität oder das Bewusstsein für die Wichtigkeit zählt, die dieser Faktor für die Klientel hat. Eine dringende Empfehlung geht daher dahin, mehr türkische Pädagogen, Sozialpädagogen und Psychologen einzustellen, denn es hat sich gezeigt, dass dann wesentlich mehr türkische Eltern die Angebote auch tatsächlich in Anspruch nehmen. Darüber hinaus sollten deutsche Mitarbeiter durch Fortbildung sensibilisiert werden für die kulturellen und traditionellen Unterschiede und Hintergründe.

Dieses findet nach Einschätzung von Fachleuten zu wenig statt und ist auch nicht verpflichtend, wenn es stattfindet.

Es existieren zahlreiche Elternvereine, die sich im Bereich Familie, Schule etc. engagieren und beratend zur Seite stehen können.

Adressen können erfragt werden beim

**„Netzwerk Integration“**, Feldstraße 120, 24105 Kiel, Tel. 0431/8 90 77, Fax: 0431/8 90 79,  
e-mail: [AKJS.SH@t-online.de](mailto:AKJS.SH@t-online.de), Internet: <http://www.schleswig-holstein.jugendschutz.de/>

## 5. Netzwerk zur Integration

### Die Entwicklung des Projektes

Seit Mitte 1997 existiert bei der Aktion Kinder- und Jugendschutz ein Schwerpunkt zur Interkulturellen Pädagogik, allerdings stets als befristetes Projekt.

Im Rahmen dieses Arbeitsbereiches begann die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe AG 2 „Sozialisation“, des Rates für Kriminalitätsverhütung des Landes Schleswig-Holstein, die sich mit dem Thema „Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen“, beschäftigt.

In den Praxisbereichen der Gäste wie auch der Mitglieder der Arbeitsgruppe tauchte als übergreifendes Thema immer wieder der Wunsch nach Vernetzung, verbessertem Informationsfluss sowie Unterstützungssystemen auf. Diese zentralen Erfordernisse sind von der Arbeitsgruppe aufgegriffen und mit konzeptionellen Überlegungen ergänzt worden.

Mit Unterstützung des Innenministeriums startete im Oktober 1998 das Projekt Netzwerk zur Integration migrierter Kinder und Jugendlicher bei der Aktion Kinder- und Jugendschutz. Nach einem längeren Zeitraum ungewisser Perspektive ist es nun gelungen, das Projekt fest in die Arbeitsbereiche des Vereins einzubinden.

### Aufgabenbeschreibung

Der Wunsch nach Vernetzung und Zusammenarbeit wird zunehmend geäußert. Ihn zu realisieren und nicht nur als Schlagwort zu benutzen, kann ein Konzept für verstärkte präventive Jugendschutzarbeit sein.

Eine *Landesarbeitsstelle* ermöglicht die Vernetzung und Koordinierung möglichst vieler Stellen in Schleswig-Holstein, die sich mit Integration und Interkultureller Arbeit befassen.

Zunächst wäre eine Aufstellung all derjenigen zu machen, die mit diesem Aufgabenfeld beschäftigt sind und sie für die Idee eines *Netzwerkes* zu gewinnen. Darüber hinaus sollten zunehmend *AnsprechpartnerInnen* in Institutionen, Räten, Schulen, Behörden etc. gefunden werden, um viele Wege der Zusammenarbeit zu ermöglichen und die Idee zu etablieren.

Das Konzept der Landesstelle sowie Ansätze und Gedanken von Integration/multikultureller Pädagogik können durch *Fortbildungsangebote*, *Multiplikatoren*,

*Referate, Material und Teilnahme an Gremien* verbreitet werden. Die landesweite Vernetzung ermöglicht eine *Bündelung der Aktivitäten*, einen *Austausch* und damit *auch Rückhalt und auch eine Reflexion* der eigenen Arbeit. Die Vernetzung kann dazu beitragen, dass sich vorhandene Arbeiten stärker aufeinander beziehen.

So wird Entlastung geboten und das Gefühl aufgelöst, alleine dazustehen, vor sich hin zu arbeiten, nichts bewegen zu können: Viele Gründe, die in der Praxis zur Aufgabe oder mangelndem Engagement und Frustration führen können. Hier können Anregungen gegeben werden, verglichen werden, was wo klappt und was nicht. (Arbeitskreis, überregionale Treffen, konkrete Weiterbildungen für die Praxis.) Durch die Vernetzungsstelle werden Kontakte hergestellt, die einen Informationsfluss schaffen, es werden *Materialien (z. B. Unterrichtseinheiten), Auskünfte, Adressen, Fortbildungen und Projekte etc.* angeboten. (Mit Hilfe eines Blickes in andere Bundesländer finden sich viele Möglichkeiten, so eine „Börse“ herzustellen.) Für diese Bereiche findet sich in der Praxis unter den normalen Umständen keine Zeit.

Ebenso verhält es sich mit der gesamten *Öffentlichkeitsarbeit*, die bei diesem Thema ja keine unerhebliche Rolle spielt, denn Integration kann nicht nur die „Ausländer“ im Blick haben, sondern auch die „Inländer“. Zusammenarbeit mit der Presse und Teilnahme an Fachkreisen und -veranstaltungen sollen über Art und Inhalt der Arbeit informieren und die Bevölkerung für dieses Thema sensibilisieren.

*Kommunale Vernetzung* ist in diesem Prinzip als Unterstufe natürlich auch vorgesehen, allein, um in den örtlichen Gegebenheiten arbeitsfähig zu sein. Aber selbst diese örtlichen Vernetzungen scheinen Impulse von außen zu benötigen, denn sie werden bislang von den meisten in der Praxis Tätigen vermisst. Darüber hinaus scheitern Aktivitäten manchmal eben gerade an örtlichen Widerständen, an der Distanz zwischen z. B. einem Verein/einer Initiative und den Behörden/Räten. Hier kann *Beistand* ebenso hilfreich sein, wie eine landesweit benannte Stelle, die dieses oft mit Skepsis betrachtete Thema vielleicht eher einführen kann.

Andersherum darf die Ansiedlung und Benennung der Stelle nicht zu ministeriell oder abstrakt sein, da dies wiederum in der Praxis auf Widerstände und Unverständnis stößt. Eine *Nähe zur Praxis und eine Orientierung* an den praktischen Erfordernissen ist sinnvoll, um zu verhindern, dass der Praxis lediglich weitere Anforderungen und Aufgaben angetragen werden, ohne die Möglichkeiten der Umsetzung dazu sicherzustellen.

# **Bericht über den Aufbau eines Netzwerkes zur Integration von migrierten Kindern und Jugendlichen**

## **Öffentlichkeitsarbeit**

Eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Aufbau eines funktionierenden Netzwerkes ist seine Bekanntmachung. Zu diesem Zweck ist das Infoblatt beispielsweise über Presse, eigene Verteiler/Verteiler anderer Initiativen, Auslagen in Institutionen und bei Veranstaltungen sowie über Multiplikatoren in die Öffentlichkeit gelangt. Besonders bewährt sich eine Veröffentlichung im Zusammenhang mit speziellen Informationen, Angeboten wie der interkulturellen Spielekiste oder in Kooperation mit einer anderen Einrichtung.

Auch die Fachzeitschrift *Pro Jugend* der Aktion Kinder- und Jugendschutz e.V. bietet fortlaufend Raum, nicht nur um die Netzwerkstelle bekannt zu machen, sondern auch, um das Thema Migration in die anderen Bereiche des Kinder- und Jugendschutzes einzubringen.

## **Vernetzung/Kooperation**

Durch Mitarbeit in Gremien, Besuche von Einrichtungen/Projekten etc. und Einladungen zu Veranstaltungen sind vielfältige persönliche Kontakte entstanden, mit denen ein Austausch von Informationen und Inhalten einhergeht. Es besteht eine Kooperation mit unterschiedlichen landesweiten Einrichtungen, beispielsweise der AG Migration der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, Sport gegen Gewalt/für Aussiedler des LSV, Referat Migration des Landesverbandes der Diakonie, LSSH, Bündnis entwicklungspolitischer Initiativen, Aktion Courage.

In diesen Zusammenhängen werden Inhalte und Ziele der Arbeit mit migrierten Kindern und Jugendlichen diskutiert, an der Entwicklung von Konzepten gearbeitet sowie Fortbildungen geplant.

Zusammenarbeit mit regionalen Einrichtungen findet schwerpunktmäßig zu konkreten Projekten im Raum Kiel statt.

Im Moment laufen viele Bestrebungen, den Bereich Sucht und Migration zu verknüpfen.

Eine übergreifende Kooperation ist mit der Anne-Frank-Stiftung in Amsterdam zustande gekommen. Sie besteht zunächst in Form eines Materialvertriebes von interkulturellem Lernmaterial für Jugendliche von 13 - 16 Jahren in Schule und Jugendarbeit, welches von der Stiftung herausgebracht wird.

### **Fortbildungen**

Im Bereich von Fortbildungen ist es gelungen, den Bereich Jugendliche und Migration bei zwei Fachtagungen durch einen Workshop zu besetzen und damit noch mal zu betonen, dass interkulturelle Ansätze als Querschnittsaufgabe aufzufassen sind.

Eine Fachtagung hat als Grundlage zur zukünftigen Arbeit mit Aussiedlerjugendlichen im Lande Schleswig-Holstein (Vernetzungstreffen) stattgefunden.

Für Schulklassen und Jugendgruppen ist ein Angebot an Tagungen mit Inhalten des interkulturellen Lernens und des Konfliktverhaltens entwickelt worden, welches durch das Innenministerium finanziert wird und beim Netzwerk abrufbar ist.

### **Informationsbank des Netzwerkes**

Bezogen auf die verschiedenen Anbieter in den Kreisen/kreisfreien Städten besteht nach wie vor das Ziel, diese aufzulisten und die Informationen darüber zur Verfügung zu stellen. Dieses erfordert eine zeitaufwendige Recherche.

Konzeptionelle Vorschläge zur örtlichen Vernetzung sind in der Entwicklung.

Gut wäre es, im Ergebnis eine Form von Leitfaden auch für Institutionen zur örtlichen Vernetzung zu erstellen.

Die Informationsbank des Netzwerkes ist sowohl bei der Aufstellung der Adressen wie auch Projekten, Arbeits- und Filmmaterialien in Arbeit.

Es kommen zunehmend Anfragen bezogen auf konkrete Problemstellungen und möglichen Kontaktadressen vor Ort. Auch Nachfragen bezogen auf Filmtips, Materialien und Literatur gehen häufig ein.

Hier zeigt sich, dass das Bekanntwerden einer solchen Stelle oft einem Schneeball-effekt unterliegt: Durch Kontakte, Gespräche, Weitergabe der Information. Die Nachfragen kommen aus verschiedenen Landesteilen und unterschiedlichsten Arbeitsbereichen. Auch die Möglichkeit der Ausleihe von Literatur/Filmen über Interkulturelle

Pädagogik bis hin zu Konflikttraining wird in Anspruch genommen. Dabei wird häufig ein Bedarf an Begleitung und Beratung deutlich.

Die Homepage der Aktion Kinder- und Jugendschutz sowie ein daran angeschlossener Veranstaltungskalender geben im Internet einen Überblick über Angebote, Fachtagungen sowie Fortbildungen auch anderer Einrichtungen.

Weitere Beispiele können erfragt werden beim

**„Netzwerk Integration“**, Feldstraße 120, 24105 Kiel, Tel. 0431/8 90 77, Fax: 0431/8 90 79, e-mail: [AKJS.SH@t-online.de](mailto:AKJS.SH@t-online.de), Internet: <http://www.schleswig-holstein.jugendschutz.de/>

### **Erfahrungsbericht**

Das Netzwerk zur Integration von migrierten Kindern und Jugendlichen ist seit Anfang 1999 tätig. Mittlerweile ist die Arbeit an dem Netzwerk Teil des Schwerpunktes interkultureller Pädagogik im Jugendschutz.

Auf der Homepage der Aktion Kinder- und Jugendschutz sind Informationen über das Netzwerk, Materialien, Links und auch Veranstaltungstermine zu erhalten. Über den Materialdienst sind fremdsprachige Broschüren, Informations- und Lernmaterial, Videos und eine interkulturelle Kinderkiste zu beziehen.

Die aufgebaute Kooperation mit der Anne Frank Stiftung in Amsterdam beinhaltet zunächst die Bekanntmachung und den Vertrieb von dem Interkulturellen Lernmaterial „Das sind wir 2“ für Jugendliche in Deutschland, Luxemburg, der Schweiz und Österreich.

In diesem Bereich des Material- und Informationsdienstes besteht eine rege Nachfrage – auch nach Kontaktadressen oder Fachleuten.

Fortbildungen zur Erweiterung interkultureller Kompetenzen werden regelmäßig angeboten.

Die Vernetzung mit anderen landesweit arbeitenden Einrichtungen, Vereinen oder Institutionen findet statt durch Treffen oder konkrete Kooperation z. B. für Fachtagungen. Die Anbindung einer Netzwerkstelle an bereits vorhandene landesweite Strukturen wie die des Jugendschutzes ist positiv zu bewerten.

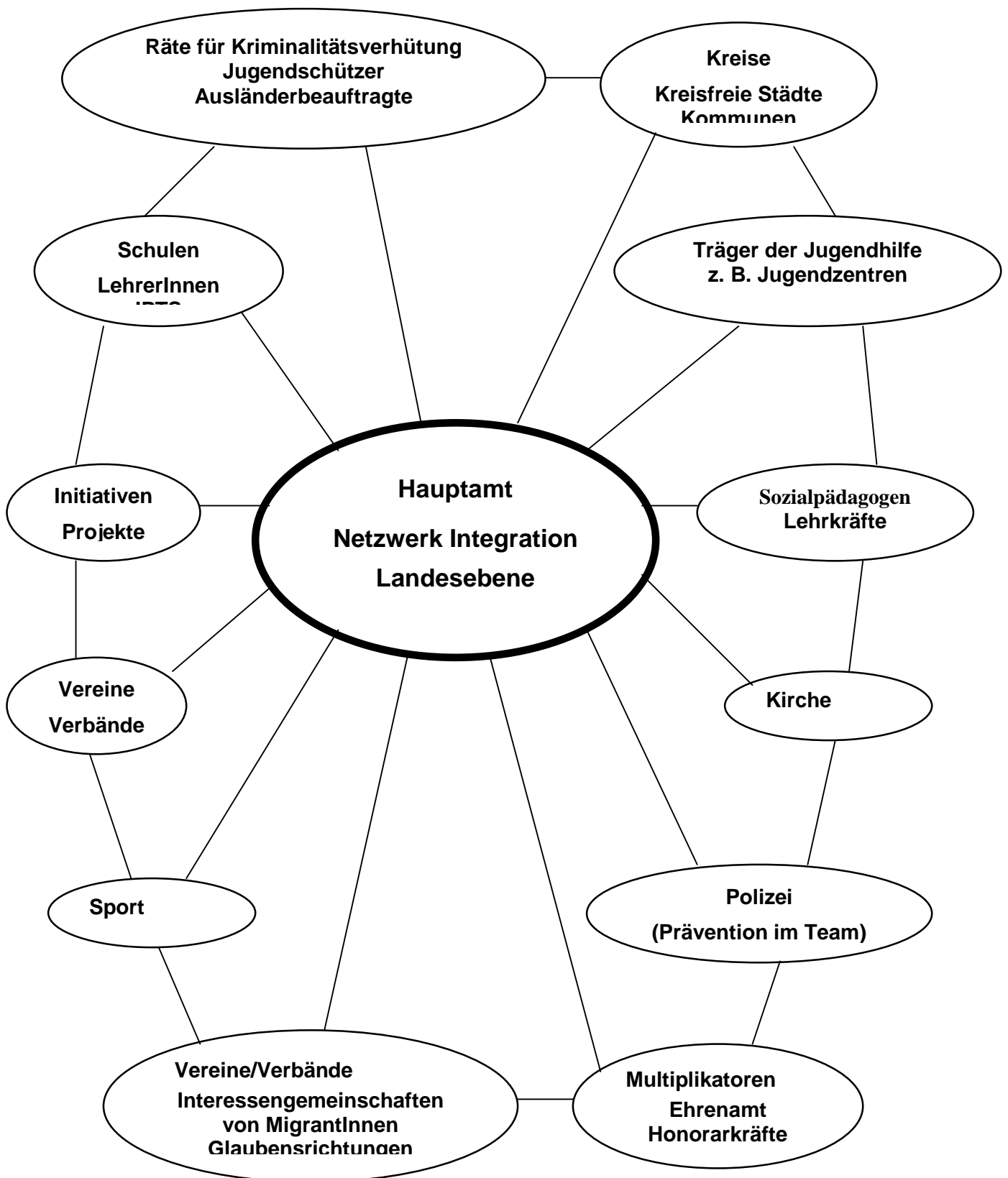
Die Zielvorstellung, kommunale Vernetzung zur Integration von migrierten Kindern und Jugendlichen zu initiieren und voranzutreiben wird weiter verfolgt.

Zum einen erfolgen zurzeit durch das neue Migrationssozialkonzept Umstrukturierungen der regionalen Einrichtungen und zum anderen ist eine Vernetzung untereinander Bestandteil des Konzeptes.

Es ist am sinnvollsten, mit Kontaktpersonen vor Ort zusammen zu arbeiten, die sich in den regionalen Strukturen und Gegebenheiten gut auskennen und diese dann auch zu vermitteln.

Abschließend wird auf die Erfahrung hingewiesen, dass solche Netzwerke und die damit zusammenhängende Kooperation und Informationsflüsse sehr personengebunden sind.

# Landesnetz Integration



## **6. Empfehlungen der AG 2**

**des Landes-Rates für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein zum Thema „Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“**

### **Bildungsministerium**

- Die AG 2 hält es für wesentlich, den entscheidenden Integrationsfaktor Sprache vordringlich zu fördern. Dabei kommen verschiedene Möglichkeiten in Betracht (Seite 21).
- Die Förderung der Muttersprache sollte angeboten werden bzw. ist anzustreben.
- Als wesentlich erachtet wird muttersprachlicher Unterricht speziell auch für Mädchen, aber auch allgemeiner Förderunterricht sowie Schularbeitenhilfe zur Förderung der Integration von Mädchen (Seite 32).
- Es sollte ein Angebot von Integrationsunterricht (2 Stunden/Woche) vorgesehen sein.
- Eine Integrationslehrkraft als Ansprechpartner für ausländische SchülerInnen sollte vorgesehen werden.
- Alle Schüler sollten gründlicher und intensiver über das deutsche Ausbildungssystem informiert werden.
- Versetzungsregelungen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die noch nicht 5 Jahre in Deutschland leben, sollten verändert werden, um ihnen auf diesem Wege zu ermöglichen, trotz mangelnder Deutschkenntnisse zu angemessenen Schulleistungen zu kommen. Hier ist es wichtig, die Muttersprache der Kinder und Jugendlichen als zweite Fremdsprache anzuerkennen und ihnen verstärkten Deutschunterricht (Förderunterricht) zukommen zu lassen.
- Wesentlich ist die Bereitschaft der Schul- und Sportämter, die Hallen für diese Zeit zu öffnen. Außerdem werden Aufsichtskräfte benötigt. Hier könnte durch entsprechende Empfehlungen und Erlasse Hilfestellung gegeben werden (Seite 52).
- SchülerInnen sollten Informationen über vorhandene Projekte erhalten.

- In Schulen und Kindergärten sollen die verschiedenen Sprachen und Kulturen unter dem Aspekt der Bereicherung eingebracht werden, so dass deutsche und ausländische Kinder und Jugendliche davon profitieren können (Seite 22).
- Schon im Kindergarten sollten ausländische Erzieherinnen und Erzieher beschäftigt werden, die während der Arbeit auch in ihrer Muttersprache mit den jeweiligen Kindern sprechen. Zumindest für die große Volksgruppe der türkischen Kinder und Jugendlichen sollte diese zweisprachige Betreuung ermöglicht werden. Das gilt ebenfalls für die Schule (Seite 22).
- Weiterentwicklung interkultureller Konzepte
- Interkulturelle Pädagogik sollte in die Aus- und Fortbildung der Sozialpädagogen, Erzieher, Assistenten, Lehrer und andere pädagogische Berufe integriert werden.

### **Sozialministerium**

- In Kindergärten sollten die verschiedenen Sprachen und Kulturen anerkannt und unter dem Aspekt der Bereicherung eingebracht werden, so dass deutsche und ausländische Kinder und Jugendliche davon profitieren können (Seite 22).
- Schon im Kindergarten sollten ausländische Erzieherinnen und Erzieher beschäftigt werden, die während der Arbeit auch in ihrer Muttersprache mit den jeweiligen Kindern sprechen. Zumindest für die große Volksgruppe der türkischen Kinder und Jugendlichen sollte diese zweisprachige Betreuung ermöglicht werden (Seite 22).
- Als wesentlich für jugendliche Aussiedler hat sich erwiesen, dass nach einem Sprachkurs, der die Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer Arbeit bietet, sich möglichst gleich ein Anwendungsbereich anschließt - z. B. eine berufliche Tätigkeit -, damit die erworbenen Sprachkenntnisse nicht wieder verloren gehen, sondern vertieft werden (Seite 59).

## **Innenministerium**

- Beim Sport mit Kindern und Jugendlichen, die einen Migrationshintergrund haben, sollte über den Landessportverband darauf hingewirkt werden, dass Trainer gezielt auf diese zugehen, um die Integration in Sportvereine zu fördern (S. 46), da sich gezeigt hat, dass die gemeinsame Ausübung von Sport alleine nicht ausreicht, um Integration zu fördern.

## **Kommunen**

- Es empfiehlt sich, als Treffpunkt andere Räumlichkeiten als die Schule im Wohnbereich der Kinder und Jugendlichen auszuwählen, wie z. B. Jugendfreizeitheime, Begegnungsstätten usw. Hierbei kann auch die Kirche einbezogen werden. Wichtig ist, dass sich die Treffpunkte in der Nähe der Wohngebiete befinden. Häufig reicht es auch bereits aus, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, die die Kinder und Jugendlichen nutzen können. Dies kann bereits eine sinnvolle Unterstützung von Aktivitäten sein, ohne dass immer ein aufwendiges Projekt initiiert werden muss (Seite 46).
- Die Angebote für Jugendliche sollten unter Einbeziehung der Betreuten und nach Bedarf gemacht werden. Hier kommt es darauf an, Ideen von Jugendlichen selber zu fördern, die aus der unmittelbaren Kommunikation mit den Jugendlichen erwachsen (Seite 46, 47).
- Die Angebote sollten nicht verpflichtend sein, da dies von vornherein abschreckend wirkt. Wünschenswert ist hier eine Vernetzung aller beteiligten Institutionen und Aktiven in einem Wohnbereich (Seite 47).
- Beim Sport mit Kindern und Jugendlichen (nicht nur mit Migrationshintergrund) ist die Bereitschaft der Schul- und Sportämter wesentlich, die Hallen für diese Zeit zu öffnen. Außerdem werden Aufsichtskräfte benötigt. Hier könnte durch entsprechende Empfehlungen und Erlasse Hilfestellung gegeben werden (Seite 52).
- Der Erfolg der Mitternachts-Streetballturniere legt nahe, solche Mitternachtsturniere an Wochenenden auch an weiteren Orten mit einer gewissen Regelmäßigkeit durchzuführen (Seite 51).

- Es sollte ein verstärktes Angebot an Freizeitsportanlagen, wie Streetball-Anlagen, Skaterbahn usw., vor allem auch in sozialen Brennpunkten, geschaffen werden, um den Kindern und Jugendlichen Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten, die kostenfrei sind und bei jedem Wetter, zu jeder Zeit genutzt werden können. Sehr wichtig ist dabei, dass Rücksichtnahme in den Abend- und Nachtstunden gewährleistet ist (Seite 53).
- Bedürftige Familien sollten Beitragsfreiheit in Sportvereinen erhalten oder zumindest reduzierte Beiträge zahlen, die erkennen lassen, dass der Sportverein den Familien mit geringen Einkünften entgegenkommt (Seite 51).
- Jugendliche sollten bei Bedarf kostenlos in Vereinen mitspielen können, da häufig bereits die finanziellen Mittel für die Vereinsbeiträge fehlen (Seite 46).
- Es ist in Betracht zu ziehen, Kindern und Jugendlichen Fahrräder aus Langzeitarbeitslosenprojekten zur Verfügung zu stellen, um hier die Kontaktmöglichkeit der Kinder und Jugendlichen im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern (Seite 48).